

# Abschriften der Interviews

Beilage zur

**Abschlussarbeit**

zur Erlangung der Magistra Artium

im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen

# Europa erträumen

Der Einfluss deutscher Europapolitik im Konvent  
zur Zukunft Europas

1. Gutachter: Prof. Dr. Gunther Hellmann

2. Gutachter: Prof. Dr. Lothar Brock

vorgelegt von:

**Gabriele Schlag**

Januar 2004

## **Inhaltverzeichnis**

Gespräch mit <i>Peter Altmaier</i> , MdB (CDU), am 12. September 2003 in Berlin .....	3
Gespräch mit <i>Prof. Jürgen Meyer</i> , MdB a.D. (SPD), am 11. September 2003 in Berlin .....	12
Gespräch mit <i>Michael Stabenow</i> , ständiger Korrespondent für die EU und Belgien der <i>Frankfurter Allgemeinen Zeitung</i> , am 9. September 2003 in Brüssel ...	20
Gespräch mit <i>Dr. Joachim Wuermeling</i> , MdEP (CSU), und <i>Ute Wündisch</i> am 10. September 2003 im Europäischen Parlament in Brüssel .....	33

## **Gespräch mit *Peter Altmaier*, MdB (CDU), am 12. September 2003 in Berlin<sup>1</sup>**

*Gabi Schlag*: Der Verfassungskonvent hat nun erfolgreich seine Arbeit abgeschlossen. Mit welchen Ergebnissen sind Sie besonders zufrieden?

*Peter Altmaier*: Ich glaube, ganz wichtig war, dass der Konvent sich auf einen Entwurf ohne Optionen geeinigt hat. Das hätten uns die wenigsten zugetraut. Das zeigt, dass es in der politischen Klasse Europas einen stärkeren Konsens gibt als man vermutet hat. Das ist ein gutes Zeichen für die Regierungskonferenz ab dem 4. Oktober.

Das zweite, was ich für wichtig halte, ist, dass wir es geschafft haben, ein vernünftiges Institutionengefüge zustande zu bringen.

Enttäuscht bin ich bei der Frage gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Aber hier hat das falsche Verhalten von insbesondere Deutschen und Briten im Irak-Krieg sehr viel Vertrauen zerstört. Mehr war zum jetzigen Zeitpunkt nicht machbar.

G.S.: Welche Positionen waren aus Ihrer Sicht besonders strittig im Konvent?

P.A.: Wir haben sehr darum gestritten, ob das politische Schwergewicht künftig eher beim Europäischen Rat liegen soll und damit bei den Mitgliedstaaten und ihrer intergouvernementalen Zusammenarbeit; oder aber ob das politische Schwerpunktzentrum der Europäischen Union stärker bei den föderalen Institutionen und Strukturen liegen soll, d.h. beim Europäischen Parlament, der Kommission und beim Rat, aber als föderalem Element. Dies ist, glaube ich, auch gelungen durch den Kompromiss, den wir erzielt haben: es wird zwar einen hauptamtlichen Präsidenten des Europäischen Rates geben, aber gleichzeitig bekommt das Europäische Parlament das Recht, den Präsidenten der Europäischen Kommission zu wählen. Dieser Präsident der Europäischen Kommission wird gewählt auf Vorschlag des Europäischen Rates, aber unter Berücksichtigung der Wahlergebnisse zum Europäischen Parlament. Das wird zu einer entscheidenden Politisierung der politischen Debatte in Europa führen, d.h. es wird in absehbarer Zeit Spitzenkandidaten von den einzelnen Parteifamilien zu den Europawahlen geben; es wird, ausgelöst von diesen Spitzenkandidaten und ihren Kompetenzteams, politische Programme, eine politische Debatte, eine öffentliche politische Meinung in Europa geben. Und es wird einen Kommissionspräsidenten geben, der sich auf eine Mehrheit im Europäischen Parlament stützen wird. Dies verändert das gesamte Institutionengefüge nachhaltig und es wird dazu führen, dass sich das politische Leben in der Europäischen Union sehr stark dem in den Mitgliedsstaaten annähert, d.h. wir werden eine Situation haben, ganz ähnlich der in Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Das ist aus meiner Sicht der entscheidende Fortschritt, der erzielt worden ist.

G.S.: Würden Sie sagen, dass sich das Gleichgewicht zwischen föderalen und zwischenstaatlichen Strukturen durch den Verfassungsvertrag hin zu einem stärker föderalen Aufbau verschoben hat?

---

<sup>1</sup> Abschrift der Gesprächsaufnahme. Kleinere Rechtschreibkorrekturen wurden vorgenommen.

P.A.: Ja. Es gab ja im Konvent von Anfang an keinen Konsens über die Frage, ob Europa stärker föderal oder stärker intergouvernemental organisiert werden soll. Die kleineren Mitgliedstaaten waren eher für die föderale Auffassung, die Delegierten aus Deutschland auch. Wohingegen es bei den Spaniern und auch Briten und Franzosen eine Präferenz für intergouvernementale Strukturen gab.

Der Irak-Krieg hat somit auch einen positiven Nebeneffekt gehabt – wenn ich das so sagen darf –, weil er zu einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich geführt hat, nicht nur in der Frage des Verhaltens im Weltsicherheitsrat, sondern in allen politischen Fragen. Und das wiederum hat dazu geführt, dass die Franzosen an einer zentralen Stelle auf die deutschen Vorstellungen eingegangen sind, nämlich die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament. Das ist aus meiner Sicht die entscheidende Weichenstellung. Natürlich wird vieles von Persönlichkeiten abhängen. Wir werden in Zukunft drei herausragende Persönlichkeiten in der Europäischen Union haben: den Präsidenten der Europäischen Kommission, den Präsidenten des Europäischen Rates und den künftigen Europäischen Außenminister. Da wird es auch von den einzelnen Betroffenen abhängen, welche Rolle sie jeweils spielen werden. Aber ich glaube, es gibt eine Chance, dass sich die Kommission zu einer europäischen Exekutive, zu einer europäischen Regierung entwickelt und dass der Kommissionspräsident eine Rolle haben wird, die sehr stark dem eines Regierungschefs in einem Mitgliedsstaat angenähert ist.

G.S.: Wie haben Sie dementsprechend die deutsch-französische Initiative zu den Institutionen aufgenommen?

P.A.: (...)Es ist versäumt worden, bei dieser Initiative die kleineren Mitgliedstaaten vorab zu konsultieren, was bei früheren Konferenzen stets gemacht worden ist. Diese deutsch-französische Initiative hat im Konvent sehr viel Verärgerung ausgelöst. Aber sie hat letzten Endes dazu geführt, die Wahl des Kommissionspräsidenten durchzusetzen. Der Preis war hoch: es war die Wahl eines permanenten Präsidenten des Europäischen Rates. Aber ich persönlich war der Auffassung, dass es gerechtfertigt war, diesen Preis zu zahlen, zumal wir dafür auch Fortschritte erreicht haben.

Ich bin nicht ganz zufrieden mit der Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungen. Hier sah es zu Beginn so aus, dass es einen Konsens gäbe, alle wichtigen Entscheidungen mit Mehrheit zu entscheiden, soweit sie nicht die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik betreffen. Auf den letzten Metern des Konvents sind hier noch einmal Änderungen durchgesetzt worden, vor allen Dingen von den Briten im Bereich Steuerpolitik, von den Franzosen im Bereich *exception culturelle*, aber auch von den Deutschen in wichtigen Bereichen der Sozialpolitik, Mitbestimmung bis hin zu Fragen der Einwanderung. Dies habe ich für höchst problematisch gehalten, weil ich persönlich der Auffassung bin, dass wir in einer Union von 25 Mitgliedstaaten in keinem Bereich mehr wirklich effizient und transparent arbeiten können, wenn das Einstimmigkeitsprinzip gilt. Das Einstimmigkeitsprinzip verhindert jede sachgerechte Diskussion, es provoziert Erpressung und Blockadepolitik. Deshalb wird es hier in den nächsten Jahren noch Nachbesserungsbedarf geben.

Ein wichtiger Fortschritt ist allerdings – und der wurde bisher zu wenig gewürdigt –, dass der Rat in Zukunft öffentlich tagen wird, wenn er als Legislativrat entscheidet. Das ist ein wesentlicher Schritt

zur Parlamentarisierung des Rates und es wird dazu führen, dass die Mitgliedstaaten viel stärker als bisher unter Begründungspflicht stehen für ihr Abstimmungsverhalten im Rat. Ich glaube, dass auch das eine erhebliche Auswirkung haben wird für die Parlamentarisierung, für die Demokratisierung des politischen Lebens in der Europäischen Union und auch für seine Föderalisierung.

G.S.: Wie weit ging der Konsens unter den europäischen und nationalen Parlamentariern im Konvent, eine stärkere Legitimierung und Parlamentarisierung der Europäischen Union zu erreichen?

P.A.: Wir hatten im Konvent ja vier Komponenten: die Vertreter der Kommission, die Vertreter des Europäischen Parlaments, die nationalen Regierungsvertreter und die nationalen Parlamentsvertreter. Am homogensten waren sicherlich die Vertreter der Kommission und die Vertreter des Europäischen Parlaments, die ein klares Programm hatten.

Die nationalen Parlamentarier hatten es wesentlich schwieriger. Sie waren die zahlenmäßig stärkste Gruppe; sie waren aber am wenigsten homogen, sowohl politisch als auch in den Auffassungen. Deshalb war es fast schon ein Wunder, dass es in der Schlussphase des Konventes gelungen ist, zu einer sehr engen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Parlamentariern und den nationalen Parlamentariern zu kommen. Wir haben sogar in den letzten Sitzungen gemeinsame Resolutionen verabschiedet. Das hat in einigen Bereichen dazu geführt, Fortschritte zu erreichen, die anders nicht möglich gewesen wären. Hier haben einige Kollegen, wie *René van der Linden* aus den Niederlanden, eine ganz wichtige Rolle gespielt. Es war allerdings ein sehr schwieriger Prozess, weil es auch Gegenkräfte bei den nationalen Parlamentariern gab, die genau dies verhindern wollten. Und in der letzten Konventssitzung vor der Verabschiedung von Teil I und Teil II gab es auch noch den Versuch von nationalen Parlamentariern, eine gemeinsame Sitzung mit den europäischen Parlamentariern zu verhindern. Wir haben das dann auf den letzten Metern blockieren können und die Sitzung hat stattgefunden wie geplant. Das war ein wichtiges Signal.

G.S.: Sie haben ja bereits am Konvent zur Ausarbeitung der Grundrechtscharta teilgenommen. Im Hinblick auf diese Erfahrung: Welche Vorteile bietet gerade die Konventsmethode, um auch in Zukunft Vertragsreformen vorzunehmen?

P.A.: Der Konvent unterscheidet sich von der Regierungskonferenz in drei oder vier Punkten signifikant.

Das erste ist die Zusammensetzung. Der Konvent besteht mehrheitlich aus Politikern, die Regierungskonferenz ausschließlich aus Diplomaten. Politiker sind nicht unbedingt klüger oder haben größere Sachkompetenz. Aber Politiker sind es gewohnt, Entscheidungen zu treffen und sich nicht in kleinkarierten Streitereien über Spiegelstriche zu verlieren. D.h. dadurch, dass der Konvent zu Zweidritteln aus Politikern bestand, war die Bereitschaft zu Ergebnissen zu kommen, von vorneherein wesentlich größer als in Regierungskonferenzen, wo sich Diplomaten für ihr Verhalten zu Hause rechtfertigen müssen.

Zweiter Punkt war, der Konvent tagte öffentlich. Die Öffentlichkeit von Beratungen verringert die Möglichkeit, unsinnige Positionen zu vertreten und durchzusetzen, ganz erheblich. Das hat man auch

in diesem Konvent gesehen. Es gab in der ersten Phase den Versuch, eine Geschäftsordnung – *par oder du Moufti* – durchzusetzen durch den Generalsekretär *Sir John Kerr*.

Diese Geschäftsordnung war skandalös, weil sie dem Präsidium absolutistische Befugnisse eingeräumt hätte. Dieser Versuch wurde öffentlich, die Öffentlichkeit war über diesen Vorschlag empört und deshalb konnte er verhindert werden. Oder der Versuch von *Giscard d'Estaing* in der Schlussphase des Konvents ein Institutionenmodell durchzusetzen, das nicht der Mehrheit des Konvents entsprach.

Der dritte Faktor war, dass eben auch alle im Konvent wussten, der Konvent ist die Notwehr Europas gegen seine Regierungen. Die Regierungskonferenzen waren als Modell gescheitert. Das hat dazu geführt, dass wir auch im Konvent ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein hatten.

Das vierte, was ich ansprechen möchte: Ich glaube, es wird auch in Zukunft wichtig sein, wenn der Konvent weiterhin erfolgreich arbeiten soll, die Zahl der Akteure weiter zu reduzieren; nicht die Zahl der Mitglieder, aber die Zahl der Akteure. Es war ja so, dass der Konvent aus Komponenten bestand (...). Es gab auch Fraktionen im Konvent, die sog. Politischen Familien. Diese Fraktionen haben nicht die Rolle gespielt, die sie hätten spielen können, weil vom Konventspräsidium eine wichtige Rolle dieser Fraktionen nicht gewünscht war. Es hat z.B. dazu geführt, dass die Redezeit nicht von den Fraktionen aufgeteilt wurde, sondern dass jedes Konventsmitglied drei, und am Ende nur noch zwei Minuten reden durfte. Was am Ende dazu führte, dass die Redebeiträge sich gegenseitig neutralisiert und relativiert haben. Da gibt es Veränderungsbedarf für die Zukunft. Wenn der Konvent auf lange Sicht funktionieren will, muss er sich stärker parlamentarisch organisieren und das spricht für eine stärkere Rolle von Fraktionen in einem künftigen Konvent.

G.S.: Im Bereich Sicherheit und Verteidigung möchten Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg verstärkt zusammenarbeiten. Aus Ihrer Sicht als Bundestagsabgeordneter: Warum braucht Europa eine stärkere sicherheitspolitische Identität?

P.A.: Die sicherheitspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre werden nicht in Europa selbst, sondern am Rande oder außerhalb Europas zu bewältigen sein. Das verlangt ein hohes Maß an militärischer Einsatzfähigkeit, das verlangt ein hohes Maß an technischer Ausrüstung und logistischer Unterstützung. Das bedeutet, dass kein einziges europäisches Land im Moment in der Lage ist, für sich alleine derartige Aufgaben wahrzunehmen. Es gilt mit Einschränkung vielleicht für Großbritannien, aber ansonsten ist kein Land im Stande, diese internationalen Verpflichtungen alleine zu erfüllen. Es gibt im Zeitalter der Globalisierung außer den USA keine Großmacht mehr. Das haben nur noch nicht alle beteiligten Länder gemerkt. Das ist ein Prozess, den wir in Europa vor uns haben. Auf der einen Seite ist die Außenpolitik und Verteidigungspolitik eigentlich der Kernbereich nationaler Souveränität und wird deshalb auch von den nationalen Regierungen verteidigt. Auf der anderen Seite wird Europa entweder gemeinsam Einfluss ausüben oder überhaupt nicht. Der Umstand, dass es in der Irakfrage nicht gelungen ist, zu einer gemeinsamen europäischen Position zu kommen, hat dazu geführt, dass Europa und die einzelnen Länder keinen Einfluss auf die amerikanische Position ausüben konnten. Weder die deutsche Regierung noch die französische hatten den Einfluss, den Ausbruch des Krieges auch nur um einen Tag zu verzögern. Europa war in dieser Frage

marginalisiert; Europa ist auch in der Frage des Wiederaufbaus im Irak marginalisiert. Deshalb ist es im eigenen europäischen Interesse, gemeinsame Kapazitäten und gemeinsame Politiken zu entwickeln.

Das beginnt mit der Beschaffung von Rüstungsgütern. Insofern ist die europäische Rüstungsagentur, die jetzt (...) gegründet worden ist, ein ganz wichtiger Fortschritt, denn es wird zu einer stärkeren Arbeitsteilung zwischen den nationalen Armeen kommen müssen. Das bedeutet, dass wir irgendwann nicht mehr alleine über den Einsatz dieser Armeen entscheiden können, sondern dass es europäisch entschieden werden muss.

Für diesen Weg gab es zwei Optionen: das eine wäre gewesen die Einführung der qualifizierten Mehrheitsentscheidung auch im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das war im Konvent nicht möglich, weil genau das Großbritannien verhindert hat.

Die zweite Möglichkeit, die dann als Notlösung gewählt wurde, ist die Einführung der neuen strukturierten Zusammenarbeit in die Verträge, von der wir ehrlich gesagt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht wissen, ob sie wirklich funktioniert und wie sie funktioniert. Wir wissen nur, dass es die einzige Möglichkeit war, eine Evolutivklausel in diesen Vertrag einzufügen. Was ich persönlich allerdings für unglücklich empfunden habe, war, dass dieser Weg ausgerechnet vom Pralinengipfel vorgezeichnet wurde – das war das Gipfeltreffen zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg. Ich glaube, dass solch eine strukturierte Zusammenarbeit auf Dauer nur erfolgversprechend ist, wenn es gelingt, zumindest die Polen und Briten in diese strukturierte Zusammenarbeit einzubeziehen und dann von Fall zu Fall zu entscheiden, wie man sich in einer internationalen Krise verhält. Der Umstand, dass Polen und Briten bei dem Pralinengipfel zuerst ausgeschlossen waren, jedenfalls bei der Vorbereitung, hat dazu geführt, dass die britische Regierung die strukturierte Zusammenarbeit generell ablehnt und das zu einem wichtigen Punkt in der Regierungskonferenz machen möchte. Das war aus meiner Sicht falsch vorbereitet und falsch organisiert. Aber grundsätzlich glaube ich, dass die strukturierte Zusammenarbeit alternativlos ist, wenn es darum geht, eine handlungsfähige europäische Politik zu entwickeln.

G.S.: Sehen Sie Chancen, dass die strukturierte und verstärkte Zusammenarbeit in den nächsten fünf bis zehn Jahren überhaupt zustande kommt, gerade wenn man Partner wie Großbritannien und Polen nur schwer überzeugen kann, dabei mitzumachen?

P.A.: Also, wir reden jetzt zunächst einmal über die mittelfristige Perspektive. Die sieht so aus, dass wir etwa im Jahre 2006 mit dem In-Kraft-Treten des Verfassungsvertrages rechnen können, d.h. entweder früher oder später im Jahre 2006. Ab diesem Zeitpunkt werden auch die ganzen institutionellen Änderungen erst wirksam werden, d.h. es wird erst ab diesem Zeitpunkt einen Außenminister geben, der wirklich die Befugnisse hat, die die Verfassung ihm zuweist. Und dann wird es auch erst einen Außenminister geben, der das Recht hat, dem Außenministerrat vorzusitzen. Dann wird man abwarten müssen, welche Erfahrungen sich mit der GASP und der ESVP nach den neuen Regelungen ergeben.

Ich glaube, dass die strukturierte Zusammenarbeit dann kommen wird, wenn es nicht gelingt, im Rahmen der Europäischen Union mit allen Staaten eine solche, vernünftige Politik zu entwickeln. Da

gibt es, glaube ich, zwei Situationen, die man sehen muss: zum einen kleinere und neutrale Länder wie Schweden, Irland, Österreich, die aus verfassungsrechtlichen Gründen gewisse Restriktionen kennen, was ihre Außenpolitik angeht. Zum anderen vor allem Polen und Großbritannien, auch mit Abstrichen die Spanier und Niederländer und einige andere mehr. Wie sich das entwickelt und organisiert, kann zum jetzigen Zeitpunkt wirklich niemand voraussagen. Ich würde mir jedenfalls persönlich wünschen, dass wir auf die strukturierte Zusammenarbeit nicht zurückgreifen müssen, sondern bei einer nächsten Verfassungsänderung Mitte des Jahrzehnts vielleicht dazu kommen, dass auch im Bereich der GASP stärker mit Mehrheit entschieden wird.

G.S.: Welche Möglichkeiten bietet eine europäische Sicherheitspolitik gerade Deutschland, international mehr Verantwortung zu übernehmen?

P.A.: Ich glaube, die deutsche Politik hat durch ihr Verhalten in der Irak-Krise mit dazu beigetragen, dass im Konvent in dieser Frage wenige Fortschritte erreicht wurden. Es gab zu Beginn der Irak-Krise die deutsche Position, die sagte „nein“, egal, was die Europäer und der Sicherheitsrat sagen. Es gab die britische Position, die sagte „ja“, egal, was die Europäer und der Sicherheitsrat sagen. Und es gab die französische Position, die für eine europäische Antwort plädierte. Leider Gottes hat diese französische Position keine Chance gehabt, sich durchzusetzen. Das hat dazu geführt, dass die deutsche Politik aus einer Zentralrolle – weil wir sowohl mit den Amerikanern wie mit den Franzosen gute Beziehungen hatten – in eine Randrolle hineingerückt ist. Das begrenzt unsere Möglichkeiten, etwa im Verhältnis zu den Briten oder den Polen, Kompromiss- und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Deshalb glaube ich, dass die deutsche Außenpolitik nicht durch ihr Verhalten im Konvent, das war in jeder Hinsicht konstruktiv und vernünftig, aber durch ihr Verhalten in der Irakfrage ihren eigenen Handlungsspielraum auf Jahre hinaus erheblich eingeschränkt hat.

G.S.: Man könnte die Irak-Krise und die Äußerungen aus Deutschland auch so interpretieren, dass dies der Beginn der sicherheitspolitischen Emanzipation Europas von den USA ist.

P.A.: Das war es eben nicht, weil es eine europäische Position nicht gegeben hat; weil die deutsche Position in der europäischen Union nicht die Mehrheitsposition ausgemacht hat. Wenn Sie sich die Europäische Union nach der Erweiterung anschauen, dann ist völlig unsicher, wie eine Abstimmung zu diesem Thema aussehen würde. Aber Tatsache ist, kein anderes Land in Europa, hat sich in dieser Form festgelegt: egal, was der Sicherheitsrat beschließt, wir werden uns nicht beteiligen. Und vor allem auch der Eindruck, dass die Außenpolitik instrumentalisiert worden ist zu innenpolitischen Zwecken, nämlich zum Gewinnen einer Wahl, hat Zweifel geweckt an der Seriosität deutscher Außenpolitik. Es geht nicht um die Frage, ob man für oder gegen den Irakkrieg war – da kann man mit guten Gründen unterschiedlich diskutieren; das ist nicht unser Thema heute.

Die deutsche Außenpolitik hat im Vorfeld und auf dem Höhepunkt der Irak-Krise nicht professionell agiert. Sondern sie stand unter dem Primat der Innenpolitik und das hat unseren außenpolitischen Interessen geschadet. Dies ist meine persönliche Auffassung und die brauchen Sie nicht zu teilen. Sie sehen das auch an dem verzweifelten Bemühen, anschließend sich an die französische Position



anzuhängen und im französischen Windschatten dann noch mal politikfähig zu werden. Ich meine, als jemand, der sich sehr um die Beziehungen zu Frankreich kümmert, bin ich persönlich froh darüber, dass als Kollateralnutzen – nicht –schaden, sondern –nutzen – des Krieges die deutsch-französischen Beziehungen wieder repariert worden sind. Die waren nämlich vorher in einem miserablen Zustand und das hat sich nun Gott sei Dank geändert. Aber mit dem Vorzeichen, dass die Franzosen nun plötzlich zur Führungsmacht geworden sind und die Deutschen zum Juniorpartner an der Seite Frankreichs. Das ist aus meiner Sicht keine Emanzipation, sondern es ist im Grunde ein Rückschritt zum *status quo ante*.

G.S.: Sehen Sie dabei auch Veränderungen in den Zielen deutscher Europapolitik?

P.A.: Bei der deutschen Europapolitik muss man, glaube ich, unterscheiden zwischen der Politik, wie sie im Konvent gemacht wurde und der Politik, wie sie innenpolitisch artikuliert worden ist.

Ich glaube, dass wir im Konvent gesehen haben, dass der alte Konsens zwischen den großen Parteien – SPD, CDU, FDP, GRÜNE – nach wie vor besteht in wichtigen europapolitischen Fragen. Die deutschen Mitglieder im Konvent haben in fast allen Fragen an einem Strang gezogen. Zweitens hat auch die Bundesregierung als Regierung im Konvent eine pro-europäische, föderale Rolle gespielt. Auch das ist positiv.

Damit kontrastiert allerdings, dass die Bundesregierung in einer bislang nicht dagewesenen Weise in der innenpolitischen Debatte die Legitimität europäischer Entscheidungen immer wieder in Frage gestellt hat. Es ging los mit dem Ausspruch, dass „deutsches Geld nicht länger in Europa verbraten werden dürfe“, es geht weiter mit den Attacken auf die EU-Kommission im Zusammenhang mit Entscheidungen zu VW und Fördergeldern –

G.S.: Die „kränkelnde Frühgeburt des Euro“.

P.A.: Es bezieht sich auf – jetzt habe ich den Faden verloren. Es fehlt noch was ganz Wichtiges –

G.S.: Die Abwehr des „blauen Briefes“.

P.A.: Der Umgang mit dem „blauen Brief“ ist ein ganz wichtiges Beispiel. Hier wird die Autorität der Kommission in Frage gestellt. Hinzu kommt die Nötigung der deutschen Kommissare, sich als deutsche Vertreter in der Kommission zu *outen* und nicht im Sinne des europäischen Gemeinwohls zu handeln. Ach ja, und das letzte Beispiel war das Vorgehen bei der Frage von Deutsch als dritter Arbeitssprache in der Europäischen Union.

Das alles sind kleine Mosaiksteinchen, die zum einen dazu führen, dass das Vertrauen in deutsche Europapolitik bei den Partner untergraben wird. Und zum anderen – und das ist aus meiner Sicht der entscheidende Gesichtspunkt – dazu führt, dass auch die Europamüdigkeit und anti-europäische Ressentiments gefördert werden. Deshalb wird es immer schwieriger, den Menschen die Notwendigkeit weiterer Fortschritte in der europäischen Integration zu erklären. Das ist ein Prozess, der in der Vergangenheit mehr oder weniger auf Ministerpräsidenten beschränkt war – von allen

politischen Lagern –, die selbst keine unmittelbare politische Verantwortung im europäischen Prozess hatten und nun in den letzten drei bis vier Jahren auch regierungsamtlich in bestimmten Bereichen vertreten worden ist. Das verfolge ich mit Sorge.

Aber was den Konvent angeht, glaube ich, dass man das nicht gespürt hat. Ich halte auch die Position der Bundesregierung für richtig, dass man das Konventsergebnis in der Regierungskonferenz möglichst nicht mehr aufschnüren soll. Sondern dass man versuchen soll, es unverändert, mit einigen technischen Anpassungen und Übergangsfristen, in der Regierungskonferenz so verabschiedet.

G.S.: Einige Wissenschaftler sind zu dem Ergebnis gekommen, dass deutsche Europapolitik in ihrer Umsetzung eigentlich relativ erfolglos sei. Für den Konvent, welches Ergebnis würden Sie über den Erfolg ziehen?

P.A.: In der Umsetzung – wir haben ein Problem: das ist, dass wir den Prozess europäischer Rechtssetzung nicht aufmerksam genug verfolgen und unsere Interessen zum Teil erst artikulieren, wenn die notwendigen Entscheidungen im Parlament bereits gefallen sind. Dieser Konvent und die Verfassungen werden uns dazu führen, den ganzen Prozess der parlamentarischen Begleitung, des Zustandekommens von europäischem Recht neu zu durchdenken und neu zu organisieren. Wir brauchen im Grunde ein *fast check-* und ein *fast track-System* beim Zustandekommen von Europarecht durch den deutschen Bundestag. *Fast check* meint, wir müssen uns bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt, wenn die Kommission ihre Gesetzgebungsvorschläge vorlegt, klar werden über den Anpassungs- und Umsetzungsbedarf in Deutschland, über die politische Bedeutung der jeweiligen Vorschläge. Wir müssen zum zweiten dafür sorgen, dass in dem Augenblick, wo eine Richtlinie verabschiedet wird, dass es dann auch zu einem klaren Zeitplan für die Umsetzung in innerstaatliches Recht kommt. Dazu braucht es ein *fast track-Verfahren*, das verhindert, dass die Umsetzungsfristen zum Teil um Jahre überzogen werden. Zu all diesen Arbeiten werden wir gezwungen durch das neue Protokoll über die Rolle der nationalen Parlamente und die Subsidiarität. D.h. das Frühwarnsystem mit *yellow card* und *red card* wird dazu führen, dass wir uns im Bundestag wesentlich intensiver und wesentlich seriöser mit europäischer Politik beschäftigen müssen, wenn wir unsere neuen Mitwirkungsrechte auch wirklich verantwortlich wahrnehmen wollen.

G.S.: Welche Bedeutung wird in zehn Jahren Deutschland und die Europäische Union für uns Bürgerinnen und Bürger haben?

P.A.: Sie hat ja heute schon eine enorme Bedeutung: von der Währung über viele Entscheidungen im Steuerrecht, im Umweltbereich, im Agrarbereich. Diese Bedeutung wird weiter zunehmen. Ich glaube, dass der entscheidende Unterschied in zehn Jahren im Vergleich zu heute darin bestehen wird, dass sich auch eine europäische Identität viel stärker herausbilden wird. Die neuen Regelungen, z.B. Öffentlichkeit von Ratssitzungen, Wahl des Kommissionspräsidenten, werden dazu führen, dass es eine europäische politische Klasse geben wird. Politiker, die halt nicht nur in ihrem Heimatland, sondern weit darüber hinaus artikulationsfähig sind und die Debatte prägen können. Es gibt heute solche Politikerpersönlichkeiten vom Schlage *Tony Blair* oder in der Vergangenheit auch ansatzweise

*Helmut Kohl.* Aber im Wesentlichen ist die Politik weiterhin national organisiert. Das wird sich in den nächsten zehn Jahren verändern. Das bedeutet nicht, dass die Europäische Union ein Staat wird; das bedeutet vor allem nicht, dass sie ein souveräner Staat wird. Aber sie wird staatliche Strukturen entwickeln und wir werden uns daran gewöhnen, dass vor allen Dingen in außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen die Europäer stärker als handelnde Einheit wahrgenommen werden. Zusammen mit dem Euro ist das, glaube ich, die Voraussetzung dafür, dass Europa eine Chance bekommt, gleichberechtigt mit den Vereinigten Staaten an wichtigen Entscheidungen mitzuwirken. In dem Maße, in dem es wirklich gelingt, dies gleichberechtigt zu tun, glaube ich, ist auch eine Chance gegeben, dass wiederum die europäische Identität gestärkt wird. Dann haben wir tatsächlich den Zustand erreicht, dass die europäische Integration irreversibel ist – auch wenn der Vertrag jederzeit geändert werden kann.

G.S.: Herzlichen Dank für das Gespräch!

## **Gespräch mit Prof. Jürgen Meyer, MdB a.D. (SPD), am 11. September 2003 in Berlin<sup>2</sup>**

*Gabi Schlag:* Der Konvent hat nun erfolgreich seine Arbeit zu Ende gebracht. Mit welchen Ergebnissen sind Sie besonders zufrieden?

*Jürgen Meyer:* Das wichtigste ist für mich die Verbindlichkeit der Grundrechtscharta durch die Aufnahme in die Verfassung als Teil II. Das war ein langer Kampf, insbesondere mit den britischen Delegierten. Die endgültige Zustimmung gab es erst in einer Schlussbesprechung am 12. Juni, einer Schlussbesprechung, die ich mit der stellvertretenden Delegierten von *Tony Blair* hatte. Die Lösung, dass in der Präambel der Grundrechtscharta auf die Erläuterungen verwiesen wird, ist aus meiner Sicht akzeptabel, denn – das habe ich dann auch im Konventsplenum gesagt – es wird (...) auf ein weiteres Auslegungsinstrument, nämlich die Erläuterungen des Präsidiums bzw. Sekretariats des ersten Konvents, verwiesen. Diese Erläuterungen habe ich ohnehin schon in meinem Kommentar, der die erste Kommentierung der Charta ist – erschienen im April im *Nomos-Verlag* – als Auslegungsinstrument benutzt. Also hat sich überhaupt nichts verändert und mit dem Ergebnis bin ich hoch zufrieden.

Persönlich war mir dann noch wichtig, in letzter Minute ein europäisches Bürgerbegehren in die Verfassung aufzunehmen, dass in Art. 46 vorgesehen ist. Das war zuerst vom Präsidium in förmlicher Form abgelehnt worden und als ich dann mehr als 70 Delegierte dafür gewonnen hatte, hat das Präsidium eingelenkt. Das bedeutet, wie Sie sicherlich wissen, dass künftig eine Zahl von 1 Million Unterschriften von Bürgern und Bürgerinnen der erweiterten EU ausreicht, um die Kommission – wie es bisher nur das Europäische Parlament konnte – aufzufordern, einen Gesetzesentwurf zu erstellen und ins Verfahren zu bringen. Damit ist die europäische Verfassung in Sachen partizipativer Demokratie besser als das Grundgesetz. Das finde ich persönlich sehr erfreulich.

*G.S.:* Sie haben ja bereits an der Ausarbeitung der Grundrechtscharta teilgenommen, somit die Konventsmethode schon erfahren. Was würden Sie sagen, wie nun im Verfassungskonvent dieser Gesamtvorschlag zustande gekommen ist?

*J.M.:* Er ist ganz maßgeblich durch den Konvent und insbesondere die Gruppierung des Konvents zustande gekommen und nicht, wie Außenstehende meinen, durch das Präsidium. Das wird belegt durch eine Krise knapp zwei Wochen vor Ende der Konventsarbeit, Anfang Juni. Da gab es eine Sitzung (...) der 28 Regierungsdelegierten, die haben förmlich abgestimmt mit 18 bzw. 19 Stimmen und gegen das deutsche und französische Votum beschlossen, dass es im wesentlichen bei den institutionellen Fragen beim Vertrag von Nizza bleiben sollte: also weiter Rotation, sogar auf Dauer ein Kommissar pro Mitgliedsland, Stimmengewichtung mit Bevorzugung von Spanien und Polen.

---

<sup>2</sup> Abschrift der Gesprächsaufnahme. Kleinere Rechtschreibkorrekturen wurden vorgenommen.

Das hat einen Aufstand, eine kleine Revolution der Parlamentsdelegierten – wir waren die Mehrheit – hervorgerufen. Dann haben die 16 Europaabgeordneten und die 56 Delegierten der nationalen Parlamente ein gemeinsames 10-Punkteprogramm an *Giscard* abgeliefert und dem entspricht jetzt der Entwurf. Gerade diese letzte Entwicklung zeigt, dass es einen maßgeblichen Einfluss der Gruppe der Delegierten, und zwar der nationalen und der Europaparlamentsdelegierten, gab. Es ist also ein Märchen zu meinen, dass sei eine vorgezogene Regierungskonferenz gewesen. Man sieht ja auch jetzt, dass manche Regierungen noch etwas ändern wollen, was ihnen aber hoffentlich nicht gelingen wird.

G.S.: Wie haben Sie den deutsch-französischen Vorschlag zur Reform der Institutionen aufgenommen?

J.M.: Der deutsch-französische Vorschlag, der einen für zweieinhalb Jahre amtierenden, dann wiederwählbaren Präsidenten vorsieht, hatte eine schlicht pragmatische Überlegung, dass in einer EU mit 25 Mitgliedsstaaten jeder nur alle zwölfte Jahre die Präsidentschaft haben würde. Das wäre nicht nur ein verhältnismäßig geringer Einfluss auf große Entscheidungen der EU gewesen, sondern hätte alles andere als Kontinuität ermöglicht. Deshalb habe ich mich mit Unterstützung vieler dafür eingesetzt, diese Präsidentschaft dadurch für die kleineren Länder respektabel zu machen, dass sie den rotierenden Vorsitz in den Ratsformationen bekommen sollten. Dem entspricht im wesentlichen der Verfassungsentwurf.

G.S.: Welche Chancen sehen Sie in dem neuen Ämterdreieck – hauptamtlicher Präsident des Europäischen Rates, gestärkter Kommissionspräsident, neuer Europäischer Außenminister?

J.M.: Die größten Schwierigkeiten wird der Europäische Außenminister haben, weil er auf Einstimmigkeit angewiesen ist. Dabei wird allerdings oft übersehen, dass er nicht nur die beiden Hüte von derzeit *Solana* und *Patten* übernimmt, sondern dass er auch ein Initiativrecht zur Herbeiführung der strategischen Grundentscheidungen des Rates bzw. der Kommission hat. Er hat ein Initiativrecht in diesem Bereich und wenn er gut ist, dann wird er ein großes Gewicht haben. Natürlich wäre es schöner gewesen, wenn entsprechend der großen Mehrheit der Delegierten die strategischen Grundentscheidungen der Außen- und Sicherheitspolitik mit Mehrheit getroffen werden könnten. Das war aber nicht durchsetzbar.

G.S.: Sehen Sie Chancen, dass solche Mehrheitsentscheidungen in Zukunft durchgesetzt werden können?

J.M.: Ich würde das sehr begrüßen, halte die Haltung der Briten in dieser Sache jedoch für außergewöhnlich stark und deshalb mache ich mir keine Illusionen.

G.S.: Im Bereich Sicherheit und Verteidigung möchten ja nun Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit nutzen.

J.M.: Das wird von den Briten attackiert. Die möchten das gerne verändern. Das scheint mir aber sehr schwierig zu sein. Denn was bisher in Bereichen wie Währungsgemeinschaft oder wie Schengen möglich gewesen ist, für den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik völlig auszuschließen, wäre irgendwo widersprüchlich. Die Briten können nicht andere Regierungen daran hindern, enger zusammenzuarbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit hat aber den Vorteil, dass das nicht nur unter dem Dach der EU geschieht, sondern diese Zusammenarbeit allen, die es wollen, offen steht. Deshalb halte ich die Kritik der Briten nicht für besonders überzeugend, dass richte sich gegen die NATO oder die USA.

G.S.: Warum braucht Europa eine stärkere sicherheitspolitische Identität und eigene Fähigkeiten in diesem Bereich?

J.M.: Die braucht Europa nach meiner Auffassung, weil es interne Krisen, vielleicht auch Bürgerkriege – hoffentlich nicht nach dem Muster Ex-Jugoslawien – geben kann, in denen die Europäische Union im Stande sein muss, sich selbst zu helfen. Man kann nicht immer die NATO oder die Amerikaner um Hilfe bitten. Europa muss erwachsen werden und es ist eigentlich auch im Interesse der Amerikaner, einen starken Partner zu haben, der nicht immer auf amerikanische Hilfe angewiesen ist.

G.S.: Wozu bräuchte Europa eine eigenständige Sicherheitspolitik? Um im nahen Interessensgebiet selber ordnungspolitische Aufgaben wahrzunehmen oder sehen Sie da auch noch weitergehende Möglichkeiten?

J.M.: Weitergehende Möglichkeiten könnte eine Eingreiftruppe, die sich außerhalb der EU bewegt, durchwegs enthalten. Aber da erlaube ich mir den Hinweis, dass in Art. 3 der Verfassung das Bekenntnis zur UN-Charta steht. Also, der enge Zusammenhang und der Vorrang der Vereinten Nationen wird nach meiner Auffassung auch in dem hier interessierenden Bereich von der Europäischen Union unter dieser Verfassung nicht angetastet.

G.S.: Wie sehen Sie gerade das zukünftige Verhältnis zwischen den USA und der EU im Bereich Sicherheitspolitik? Als eine Art der Aufgabenteilung oder sehen sie auch die Gefahr von zunehmenden Spannungen auf Grund divergierender Interessen?

J.M.: Wenn die amerikanische Regierung die Grundeinstellung der *Bush*-Administration behält und Präsident *Bush* im nächsten Jahr nicht abgewählt wird, dann wird es immer wieder zu Spannungen kommen. Aber nach meinem Eindruck ist auch, wenn man hört, was die demokratischen Präsidentschaftskandidaten derzeit sagen, durchaus ein Prozess des Nachdenkens in den USA im Gange. Europa sollte ein starker Partner, nicht nur im Bereich Wirtschaftspolitik sein – ein wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg. Sondern die Amerikaner merken mittlerweile, dass sie auf Freunde angewiesen sind, wenn sie weltweit agieren. Ein starker Partner EU ist demnach nach

meiner Überzeugung – wie das auch *Joschka Fischer* und *Gerhard Schröder* immer wieder artikulieren – im richtig verstandenen Interesse der USA.

G.S.: Welche Möglichkeiten bietet eine europäische Sicherheitspolitik gerade Deutschland, international mehr – auch militärische – Verantwortung zu übernehmen?

J.M.: Deutschland wäre in diesem Falle stärker eingebunden in europäische Strukturen, was ja immer ein Wunsch z.B. Frankreichs gewesen ist, dass Deutschland nicht, gewissermaßen als nationaler Akteur, immer stärker wird, sondern eingebunden ist in Europa. Das müsste dann allerdings auch von Frankreich und insbesondere dem Vereinigten Königreich akzeptiert werden. Die deutsche Regierung ist in dieser Sache besten Willens.

G.S.: Sehen Sie auf Seiten Frankreichs und Großbritanniens noch Ängste und Vorbehalte, dass Deutschland eine zu starke Macht in Europa wird?

J.M.: Das ist jetzt sehr abstrakt formuliert. Ich habe die handfesten Interessen, in dem Fall übereinstimmend von Franzosen und Briten, erlebt als es um EURATOM ging. Ich bin der Auffassung, dass die Lösung, die wir jetzt gefunden haben, dass EURATOM als Protokoll im wesentlichen in der bisherigen Form beibehalten wird, unbefriedigend ist. Ich bin der Auffassung, dass die Länder, die Millionenbeträge für EURATOM einzahlen, auch sicher sein müssten und sollten, dass diese Gelder nur unter demokratischer Kontrolle verwendet werden. Deshalb bin ich dafür, dass EURATOM unter die ganz wesentliche Mitentscheidung des Europäischen Parlaments gestellt wird. Das ist eine zukünftige Reformaufgabe, die eben wegen der besonderen Interessen von Briten und Franzosen vom Konvent nicht gelöst worden ist. Das ist ein Manko.

G.S.: Gab es im Konvent sehr starke Konfliktlinien zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland in Bezug auf die Institutionen und die Sicherheitspolitik?

J.M.: Deutschland und Frankreich haben in Sachen Institutionen gemeinsame Vorschläge gemacht und die Briten waren dann immer wieder dagegen. Der Kompromiss, den wir gefunden haben, dass etwa im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik weiterhin Einstimmigkeit gilt, ist ein Entgegenkommen gegenüber den Briten, das nicht der Meinung der großen Mehrheit der Delegierten entsprach. Aber so ist das bei Kompromissen, am Ende ist keiner zufrieden. Wenn einer zufrieden wäre, würde es geradezu gegen den Verfassungsentwurf sprechen.

G.S.: Einige Wissenschaftler behaupten, dass gerade deutsche Europapolitik in der Umsetzung ihrer Positionen relativ erfolglos sei. Wo sehen Sie im Konvent die besonders erfolgreiche Durchsetzung deutscher Positionen?

J.M.: Was diese Wissenschaftler mit Unterstützung der Staatsregierung von Bayern behaupten, ist grober Unfug. Erstens hätte es den Konvent ohne die Bundesregierung, und zwar die rot-grüne

Bundesregierung, nie gegeben. Ich habe 1995 nicht nur eine Grundrechtscharta vorgeschlagen, sondern auch vorgeschlagen und einen Entwurf dafür vorgelegt, eine verfassungsgebende Versammlung aus vor allem Europaparlamentariern und nationalen Abgeordneten (einzurichten). Das fand damals unter der *Kohl*-Regierung keine Unterstützung.

Erst nach dem Regierungswechsel 1998 hat es dann auf dem Gipfel von Köln eine Initiative der neuen rot-grünen Bundesregierung für den ersten Konvent gegeben. Nach Nizza war es eine gemeinsame Initiative von Deutschland und Frankreich, den unbefriedigenden Vertrag von Nizza so nicht stehen zu lassen, sondern über die Zukunft der Europäischen Union nachzudenken und das Verfassungsthema dann tatsächlich anzugehen.

Die Tatsache, dass es den Konvent gegeben hat und dann einen Verfassungsentwurf, ist ein Riesenerfolg für Deutschland, die Bundesregierung und – ich betone – auch für den Bundestag, der eher als die damalige Bundesregierung - zunächst aus der Opposition, dann mit der Mehrheit – diese Vorschläge unterstützt hat.

Es war eine deutsch-französischen Forderung, den Präsidenten für zweieinhalb Jahre mit der Möglichkeit der Wiederwahl vorzusehen; es war ein deutsch-französischer Vorschlag, den Europäischen Außenminister vorzusehen und schließlich war es ein deutsch-französischer Vorschlag, im Bereich der Justiz- und Innenpolitik einen ganz großen Schritt in Richtung Vergemeinschaftung zu gehen.

Also, die Wissenschaftler, die meinen, deutsche Misserfolge lägen vor, die sind ziemlich ahnungslos.

G.S.: Inwieweit ist das gerade ein Wahrnehmungsproblem deutscher Europapolitik, (...) da Deutschland sich in seiner Politik als ein „europäisiertes Land“ versteht? Ist das eine Grundkonstante, die auch in Zukunft für deutsche Europapolitik zählen wird?

J.M.: Das kann man in dieser allgemeinen Form sagen. Im deutschen Bundestag gab es, bis auf die obligatorischen Querschüsse einzelner CSU-Abgeordneter, durchweg Konsens. Das habe ich als Delegierter des ersten Konvents und des zweiten immer sehr begrüßt und habe deshalb auch immer den Versuch gemacht, gerade mit meinem Stellvertreter von der CDU, Herrn *Almaier*, zu kooperieren. Ich hatte glücklicherweise immer die Unterstützung von den – durch die Opposition wahrgenommenen – Personen, die den Vorsitz im Europaausschuss hatten, zunächst Herrn *Pflüger*, dann Herrn *Wissmann*; die werden das auch bestätigen. Es gibt einen Grundkonsens im Deutschen Bundestag, der durch bayrische Querschüsse nicht zu trüben ist. Ich hatte kürzlich eine Debatte mit Herrn *Bocklet*, dem Europaminister aus Bayern. Die Kritik, die von dort kommt, überzeugt nicht und ich bin der Überzeugung, dass die europäische Verfassung wie das Grundgesetz ohne Zustimmung Bayerns zustande kommen wird und Europa darunter ebenso wenig leidet wie die Bundesrepublik.

G.S.: Die Regierungskonferenz steht ja nun an, bei der die deutsche Position ist, so wenig wie möglich an dem Entwurf zu verändern. Welche Herausforderungen sehen Sie in Zukunft, denen sich die Europäische Union nun stellen muss?



J.M.: Eine Herausforderung wird sein, den Weg zu einem Außenminister, der dann mit einer Stimme für Europa spricht, wirkungsvoll zu gehen und nicht an der bedauerlichen Hürde der Einstimmigkeit immer wieder zu scheitern. Da kommt es sehr auf die Qualitäten des künftigen Europäischen Außenministers an.

Nach meiner Auffassung muss das EURATOM-Protokoll neu geprüft werden. Es ist vordemokratisch, von Nettozahlern Geld entgegen zu nehmen, aber diese nicht mitentscheiden zu lassen, wofür das Geld ausgegeben wird. Nach meiner Auffassung könnte man, statt nur für die Erforschung der Atomenergie, die notwendige Erforschung der Reaktorsicherheit, die Erforschung alternativer Energien vorantreiben.

Im übrigen kommt es jetzt vor allem darauf an, dass die neu strukturierten Organe, also Europäisches Parlament, Rat/Legislativrat und Kommission die Verfassung zum Leben bringen. Wir haben einen Entwurf gemacht, der nach meiner Überzeugung nicht überzeugend in der Substanz verändert werden kann. Da gilt der inzwischen täglich zu hörende Satz, wer das Paket aufschnürt, muss auch zeigen, wie es wieder geschlossen wird. Ich finde, die Hauptaufgabe der neuen Akteure im institutionellen Dreieck ist, die Verfassung zum Leben zu bringen. Wenn sie verabschiedet wird, ist sie zunächst nur *law in the books*. Das muss dann *law in action* werden.

G.S.: Welche Bedeutung wird nach Ihrer Ansicht in zehn Jahren die Europäische Union und Deutschland für uns Bürgerinnen und Bürger haben?

J.M.: Hoffentlich verstärkte. Da ist ganz wichtig der Gedanke, dass künftig die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen, die Bundestagsabgeordneten oder Landtagsabgeordneten erklären müssen, was in Europa geschieht. Das ist das Frühwarnsystem. Jeder Gesetzesentwurf der Kommission wird den nationalen Parlamenten zugeleitet und die haben dann Gelegenheit, Bedenken zu äußern. Tun sie das nicht, können die Abgeordneten nicht in ihren Wahlkreisen über neuen Unsinn aus Brüssel stöhnen, sondern sie müssen sagen, warum sie keine Bedenken erhoben und keine Klage gefordert haben. Das ist ein ganz wichtiges strategisches Instrument, um Europa näher zu den Bürgern zu bringen. Eine Verantwortung, die von den wenigen Europaabgeordneten gar nicht getragen werden kann. Da sind jetzt die nationalen Abgeordneten mit in der Pflicht. Das wird Europa näher zu den Bürgern bringen. Das Bürgerbegehren ist eine schöne Sache, aber mir wäre es lieber, wenn die Verfassung per Referendum in Kraft gesetzt werden würde. Nicht allein wegen der größeren Legitimation, die eine solche Verfassung hätte – und man muss sehen, dass in einigen Ländern sowieso Referenden stattfinden –, sondern ein Referendum führt zu einer Aufklärungskampagne, damit die Bürger überhaupt wissen, welche neuen Rechte sie bekommen. Die Frage wäre also, ob die Grundrechtscharta, die das Herzstück der Verfassung ist – aus meiner Sicht wichtiger als die ganzen institutionellen Fragen – ob diese Grundrechte für die Bürger sichtbar sind und die sich diese nehmen. Das geht nur per Referendum. Aber mir ist klar, dass wir dafür eine Grundgesetzänderung brauchen, jedenfalls für ein konstitutives Referendum.

G.S.: Herr Prof. Meyer, herzlichen Dank für das Gespräch!

(...)

J.M.: Wenn Sie die Grundrechtscharta nicht vergessen, wäre ich sehr froh, denn was während dem Konvent teilweise für Positionen kamen, z.B. dass da in Teil I verschiedene Dinge wie Nachhaltigkeit, Gleichstellung fehlten, das steht alles in der Grundrechtscharta und die ist jetzt in der Verfassung.

G.S.: Ich denke, gerade für dieses Verfassungsprojekt ist die Grundrechtscharta das Herzstück, das, was wir mit dem Begriff Verfassung verbinden.

J.M.: Das unterscheidet uns von Philadelphia, der amerikanischen Verfassung, die die Grundrechte erst nach und nach durch *amendments* hinzugefügt haben. Den europäischen Weg halte ich für überzeugend: erst einmal klarzustellen, was wir unter Werteordnung verstehen und dann anschließend zu überlegen, wie man dieser Werteordnung zur Durchsetzung verhilft. Aber die Machtfragen zuerst zu regeln, finde ich nicht überzeugend. Jedenfalls finde ich den europäischen Ansatz, der – wiederhole ich – allein durch die Initiative durch rot-grün nach dem Regierungswechsel möglich geworden ist, für überzeugender. All diese institutionellen Rangeleien – jedes Land einen Kommissar mit oder ohne Stimmrecht – finde ich nur ermüdend.

G.S.: Höchstwahrscheinlich wird sich in den nächsten fünf Jahren in dieser Frage wieder etwas ändern.

J.M.: Die Regierungen wollen an ihrer Macht festklammern. Das ist nicht nur langweilig, sondern auch vorhersehbar. Z.B. die österreichischen Delegierten von der ÖVP haben immer wieder versucht, eine Art Stimmführerschaft der Kleinen zu übernehmen. Das ist auch menschlich erklärbar oder nachvollziehbar, weil sie sich geärgert haben über die Sanktionen und die Ungeschicklichkeiten nach dem Eintritt der *Haider*-Partei in die Regierung. Das ist jetzt die Revanche; das sehen manche gar nicht. Da geht es nicht um legitime oder notwendig zu berücksichtigende Interessen. Da geht es um Revanche. Die Österreicher sagen, wir Kleinen müssen uns jetzt zusammenfinden, weil sie sich rächen wollen. So einfach ist das.

G.S.: Denken Sie, dass Europapolitik doch so stark von diesen persönlichen nationalen Eitelkeiten bestimmt wird?

J.M.: Ja, bei den Regierungsvertretern. Das habe ich *Joschka Fischer* auch gesagt, dass ich seinen Einsatz geschätzt habe, der dem Konvent Publizität gebracht hat. Er bindet jetzt auch die deutsche Bundesregierung, für die er auch manches durchsetzen half. Aber die Krise, die ich eingangs erwähnt habe, die konnte er auch nicht verhindern. Das waren die Kleinen, die hatten eine Abstimmung gemacht. Wären da nicht die Parlamentsdelegierten mit ihrer Mehrheit voll dagegen gegangen; *Giscard* war uns dankbar. Er hat vorher immer wieder mit den Regierungsvertretern geredet, aber er hat die Konventsmethode nicht verstanden. Am Ende war er dankbar: sie haben mich gerettet. Also,

Regierungsvertreter und Reformen ist manchmal ein Widerspruch in sich. Das habe ich immer wieder erlebt und da schließe ich auch Beamte aus der jetzigen Bundesregierung nicht aus.

## **Gespräch mit *Michael Stabenow*, ständiger Korrespondent für die EU und Belgien der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, am 9. September 2003 in Brüssel<sup>3</sup>**

*Gabi Schlag*: Es gibt einige Wissenschaftler, die behaupten, dass deutsche Europapolitik in ihrer Umsetzung relativ erfolglos ist. (...) Was halten Sie von dieser Beurteilung?

*Michael Stabenow*: Das sind zwei unterschiedliche Ebenen, glaube ich. Das eine betrifft den Eindruck der Streitigkeiten um bestimmte Sachthemen. Davon haben wir in den vergangenen 12 bis 15 Monaten ja eine ganze Menge gehabt: die Übernahmerichtlinie, das VW-Gesetz, die Chemikalienpolitik, Emissionshandel, Dosenpfand usw.

Da entsteht der Eindruck, dass Brüssel bzw. die Kommission die Bundesregierung direkt auf dem Kicker habe und das wird auch noch geschürt durch bestimmte Äußerungen aus Deutschland, z.B. dass letztlich gefordert wird, die Industriepolitik neu zu formulieren und damit auch stärker und näher am Markt zu intervenieren. Das Problem ist, was diesen Bereich angeht, dass es nicht einfach ausreicht, Forderungen zu stellen, sondern man muss sich auch dem bestehenden Regelwerk stellen, das Anhaltspunkt für die Kommission als Hüterin der Verträge ist.

Ein Beispiel: Was in der LKW-Maut gelaufen ist, das geht auf keine Kuhhaut drauf. Denn da wurde von vorneherein ignoriert, wie die Grundregeln lauten: nämlich dass – wenn man so was tut – das nicht zu Lasten ausländischer Mitbewerber gehen kann. Und so was wurde einfach ignoriert. Das sind natürlich grobe handwerkliche Fehler. Deswegen kann man auch nicht sagen, dass die Kommission die Deutschen von vorneherein auf dem Kicker hat, aber dass dabei sehr stark von deutscher Seite vor dem Hintergrund der innenpolitischen Kulisse versucht wird, zu punkten, indem man Vorurteile auch schürt. Zum Teil wider besseres Wissen. Das ist die eine Ebene.

Die andere Ebene ist komplizierter und betrifft, glaube ich, eher das Hauptthema Ihrer Arbeit.

Wo liegen die deutschen Interessen? Und die deutschen Interessen liegen von der Tradition eher in einem sehr stark bundesstaatlich orientiertem Modell und damit an den Vorstellungen, die eigentlich denen kleinerer Mitgliedstaaten sehr nahe liegen, insbesondere den BENELUX-Ländern, Irland, Griechenland und ein, zwei andere kann man da auch nennen.

Andererseits wissen wir alle, dass in der Europäischen Union mit Deutschland und Frankreich vieles, aber ohne Deutschland und Frankreich überhaupt nichts geht. Und dieser Zwang, eben weil auch die Vorstellungen in Paris und Berlin grundsätzlich auseinanderreichen, führt dazu, dass die deutsche Europapolitik immer wieder zu einer Art Spagat gezwungen ist, wider eigene Interessen, zumindest eigenen Vorstellungen, um andererseits den Interessen zu genügen, wie sie gegenüber Frankreich bestehen. Das hat man Anfang des Jahres gesehen in dem Kompromisspapier, was vielleicht nicht so schlecht ist, aber es ist ein Kompromisspapier. Deswegen ist es von schwer, hier deutsche Interessen durchzusetzen, weil sie einfach von vorneherein in diesem Kräfteparallelogramm zu sehen sind, innerhalb der sechs Gründerstaaten. Das ist nämlich das Hauptproblem, dass man deutsche Interessen schwer definieren kann. Was noch hinzukommt, ist der innenpolitische Streit in Deutschland: einmal

---

<sup>3</sup> Abschrift der Gesprächsaufnahme. Kleinere Rechtschreibkorrekturen wurden vorgenommen.

zwischen Sozialdemokraten und Union – auch um die Art und Weise, inwieweit diese Union eine stärkere sozialpolitische Komponente erhalten soll –, andererseits dann doch sehr stark das Spannungsfeld zwischen der Bundes- und Länderebenen, was dann immer zu sehr starken Spannungen führt und zum Teil sehr harten Forderungen der Länder.

G.S.: Hat sich nach Ihrer Einschätzungen in den letzten 13 Jahren – seit der Wiedervereinigung – Gravierendes verändert, welche Interessen man vertritt, ob man diese Interessen auch offensiver vertritt?

M.S.: Ja, das ist klar, dass bis zur Wiedervereinigung und auch darüber hinaus es für Deutschland eher darum ging, seine Position defensiv zu festigen und nicht eine Führungsrolle zu übernehmen, sondern dieses dann im Tandem mit Frankreich zu tun, aber damals eher Frankreich die Rolle des Impulsgebers zu überlassen. Das war sehr wohl im eigenen Interesse, sowohl zur Zeit des Kalten Krieges als auch in den ersten drei Jahrzehnten der europäischen Einigungsgeschichte. Dann erst recht im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung: der Deal zwischen Währungsunion einerseits und politischer Union, was ja nur zum Teil bisher gelungen ist. Aber da galt das auch noch.

Aber in dem veränderten Umfeld, das wir seit Mitte der 90er Jahre kennen – mit der Gewissheit, dass die Erweiterung um zehn oder auch mehr (neue Mitglieder) kommen wird und andererseits auch ein verstärktes Umfeld der Globalisierung – das sind zwei Faktoren, die natürlich erfordern, dass Deutschland stärkere Führungskraft zeigt.

Nun fiel das auch historisch gesehen in eine Zeit, wo das Zeitalter von *Kohl* sich auch in der Europapolitik dem Ende zuneigte. Und das spürte man schon. *Kohl* war in den letzten Monaten seiner Amtszeit schon viel, viel zurückhaltender und hatte auch härtere Positionen als zuvor, weil er einfach auch selber sah, dass er unter seiner Ägide das ganze so nicht zu Ende führen könnte, wie er sich das gerne vorgestellt hätte.

Und der Wechsel dann zur rot-grünen Koalition hat in der deutschen Europapolitik auch eine Weile gebraucht, bis man wieder auf Kurs gekommen ist. Und der Schleuderkurs ist ja immer wieder zu erkennen. Bei *Schröder* weiß man ja nicht genau, was hat der eigentlich für ein Europabild. Er lässt sich da sehr stark vom Tagesgeschehen treiben, insbesondere auch von diesen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen. Er hat, glaube ich, als Bauchmensch große Probleme – ich erinnere an die Äußerung der „kränkelnde Frühgeburt“ des Euro.

Andererseits glaube ich schon, dass die Tradition deutscher Europapolitik hinüberwirkt und hinübergerettet worden ist in die jetzige Koalition. Also, wenn man *Fischer* liest und hört, dann ist das durchaus in der Tradition deutscher Europapolitik und die Frage ist, wer sich letztlich durchsetzen wird: dieses total pragmatische Bild, was ist unser eigener Vorteil, unser kurzfristiger Vorteil auch, können wir irgendwas herausschlagen; oder, was auch *Fischer* stärker verkörpert, wo liegt unser langfristiger strategischer Vorteil und unsere Interessen in Europa. Und ich glaube, dass das die deutsche Europapolitik doch entscheidend prägt.

G.S.: Also wäre es durchaus so, dass *Schröder* der Typ ist, der wesentlich selbstbewusster für deutsche Interessen in Europa wirbt und *Fischer* jemand, der sehr stark auch in der Kontinuitätslinie einer Außenpolitik unter *Genscher* steht, (...) diese Kontinuitätslinie hochhält.

M.S.: Ja, das kann man durchaus so sagen. Ich glaube *Schröder* und auch die Generation an Europapolitikern, die jetzt mit am Ruder sind, denen fehlt so ein bisschen zumindest die Verinnerlichung des Europagedankens und was der historisch bedeutet hat und wie der auch weiter wirken muss. Denn natürlich sagt niemand, dass jetzt in drei Jahren in Europa wieder Krieg ausbrechen könnte. Aber die Tatsache, dass das nicht der Fall sein wird, ist etwas, das auch auf Europa zurückzuführen ist und das es zu sichern gilt. Und das ist etwas, was in dem Denken auf der diplomatischen Seite - auch von *Fischer* verkörpert wird - viel stärker noch drin ist, ohne dass man das alle zehn Minuten sagen muss. Aber ich glaube, dass man das strategisch immer im Hinterkopf hat und dass sich daraus bestimmte politische Erwägungen ergeben in der Europapolitik und sich die deutsche Europapolitik sehr stark dadurch definiert, stärker als das z.B. in Spanien der Fall ist und jetzt demnächst höchstwahrscheinlich in Polen der Fall sein wird.

G.S.: Ich würde nun gerne noch ein wenig näher auf die deutsch-französischen Initiativen im Konvent eingehen. (...) Man könnte sagen, dass der deutsch-französische Motor eine Durststrecke hinter sich hat und dass durch die gemeinsamen Initiativen der Motor wieder zum Laufen gebracht wurde. Von wem gingen diese Initiativen aus?

M.S.: Na ja, vielleicht noch einmal kurz zurückschalten: Vor der *Fischer*-Rede wurde der Versuch gestartet, das in enger Abstimmung zu machen. Da hat es, soweit ich es weiß – das können andere so bestätigen oder auch nicht –, da hat es eine Reihe von Kontakten gegeben zwischen den zuständigen Beamten, also in Paris/Orsay und Berlin, und das hörte sich ganz vielversprechend an. Doch als die Rede dann kam, ist *Jospin* damals nicht mitgezogen. Er hat dann die Sache mit dem „Rattenfänger von Hameln“ in die Welt gesetzt und danach versucht, ein bisschen zurückzurudern. Und in der Phase war es sehr schwer, die Dynamik, welche die Rede bewirken sollte, weiter zu bringen.

Dann kam kurz danach unter der französischen Präsidentschaft der Gipfel von Nizza, wo – man kann sagen, wenn man das Konventsergebnis jetzt sieht, zum Glück – die traditionelle Politik der Regierungskonferenzen sich selbst *ad absurdum* geführt hat. Ich sage nicht, dass das demnächst nicht wieder so passiert. Aber zumindest haben wir jetzt ein anderes Modell, das bestimmt überlegen ist und sich vielleicht auch durchsetzen kann, das unter dem Strich einen integrationspolitischen Fortschritt gegenüber Nizza bedeuten würde. Auch wenn die sich jetzt noch fürchterlich die Köpfe einschlagen werden.

Also, Humboldtrede – Nizza. Dann von französischer Seite auch die Erkenntnis, dass Nizza ein Misserfolg war und dass da mehr nachkommen muss. Das war im Jahr 2001. Da waren wir noch in der Phase der *Kohabitation* und man wartete immer darauf, ob *Védrine* sich aus der Reserve locken lassen würde. Aber das hat er nicht gemacht. Er hat sich auch nach Nizza sehr zurückgehalten, obwohl von sozialdemokratischen/sozialistischen Politikern in Paris immer wieder der Eindruck erweckt wurde, im Grunde genommen ist er viel integrationsfreundlicher als *Chirac*. Aber er hat sich

eigentlich europapolitisch immer weiter zurückgezogen und sich sehr stark auf die sozial- und wirtschaftspolitische Schiene konzentriert und weniger auf die politisch-konstitutionelle. Und das hat dazu geführt, dass eben Frankreich ausgefallen ist, solange Wahlkampf war.

Dann mit dem politischen Wechsel, also dem Sieg von *Chirac* und der bürgerlichen Regierung, brauchte Frankreich eine Weile, um sich wieder zu positionieren. Dann lief aber schon der Konvent. Und in dieser Phase wurde der Faden wieder aufgenommen, obwohl *Villepin* und *Fischer* vom Naturell sehr unterschiedlich sind, scheint das gar nicht so schlecht zu funktionieren. Am Anfang hat man gesagt, zweit total eitle Persönlichkeiten, dass wird nie, nie miteinander klappen, aber die haben schon einen *modus vivendi* entwickelt. Ich glaube, dass das dann auch gemeinsam mit Kontakten über das Kanzleramt und Elysée dazu geführt hat, dass es letztlich dann zu dieser mit Spannung erwarteten Initiative im Januar gekommen ist. Kleinere (Initiativen) zur Außen- und Sicherheitspolitik, Innen und Justiz und Regierungshandeln waren, glaube ich, vorgeschaltet, bis dann im Januar der institutionelle Vorschlag kam. Und das war schon ein echter Kompromiss. Ich war damals erstaunt, dass die Franzosen doch bereit waren, in Sachen Wahl des Präsidenten, Rolle der Kommission und die beschränkte Rolle des Europäischen Ratspräsidenten Entgegenkommen zu zeigen.

Nun war es ja auch so, dass traditionell im Kanzleramt die Idee des Präsidialregimes gar nicht so schlecht gefunden wurde (...).

G.S.: Einige haben gesagt, der deutsch-französische Vorschlag sei eigentlich ein „Kompromiss durch Addition“. Sowohl Deutschland als auch Frankreich haben ihre Hauptanliegen bekommen: Deutschland die Wahl des Kommissionspräsidenten, Stärkung des EP und Frankreich den hauptamtlichen Ratspräsidenten. Und der Vorschlag hätte dementsprechend mehr Spannungen als dass er Chancen für die Gemeinschaft biete.

M.S.: Ja, das ist jetzt der nächste Schritt, wie man das bewertet. Aber ich denke, dass der Ansatzpunkt von Frankreich, Spanien und Großbritannien, also ABC, *Aznar*, *Blair*, *Chirac*, wie das damals hieß, dass der eigentlich eher darauf ausgerichtet war, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in Europa erheblich aufzubauen und dies auf Kosten der Kommission. Und da zirkulierten damals auch so Überlegungen, dass man die Kommission an die Kette legen sollte und wollte. Das ist klassische französische Politik oder Gedankengut immer wieder gewesen, dass die Kommission eigentlich Befehlsempfänger ist, die auszuführen hat und nicht ein eigenständiges Organ, ein Motor der Integration, wie es bei uns verstanden wird.

Vor diesem Hintergrund ist das schon ein Kompromiss und nicht nur eine Addition. Was der Ratspräsident nach dem Modell machen soll, auch nach dem deutsch-französischen Vorschlag, ist ja weniger als das, was ursprünglich geplant war. Die Zuständigkeiten sind klar begrenzt, auch in dem deutsch-französischen Vorschlag: er soll eine leitende Funktion bei den Sitzungen, den Gipfeltreffen haben. Da stand noch mehr drin hinsichtlich seiner Befugnisse in der Außen- und Sicherheitspolitik, was letztendlich jetzt im Konventsergebnis feststeht. Also, ich glaube nicht, dass es nur eine reine Addition ist, sonst hätte man widersprüchlicher reingeschrieben: Die Kommission muss gestärkt werden und der Europäische Ratspräsident muss gegenüber der Kommission Weisungsbefugnisse haben. Und das steht ja nicht drin. Ich hoffe, das beantwortet ein bisschen die Frage.

Meine persönliche Meinung ist, dass das nicht das ideale Modell ist, aber das spielt in diesem Zusammenhang auch nicht die entscheidende Rolle. Aber von der Analyse her greift es zu kurz, einfach zu sagen, dass man sich nicht verständigt hat und dann beides reingeschrieben hat. Das ist auf den ersten Blick richtig, aber ich glaube, dass, so wie die Kommission da definiert ist, es eine Garantie dafür bietet, dass die Kommission nicht geschwächt wird.

G.S.: Also könnte man für den Bereich Institutionen sagen: Unter dem Strich war Deutschland eigentlich relativ erfolgreich dadurch, dass sie gemeinsam mit Frankreich eine Initiative eingebracht haben, wo beide Seiten Zugeständnisse gemacht haben.

M.S.: Ja. Es ist es schon ein Erfolg gewesen, dass es überhaupt eine gemeinsame deutsch-französische Position gegeben hat. Die hat es zwar immer gegeben, aber das war jetzt besonders schwierig, weil es um das Grundsätzliche ging. Also, man hat es geschafft, Frankreich in das föderale Lager reinzuziehen, Frankreich zu überzeugen, dass auch die künftige Vision der europäischen Einigung eine bundesstaatlich geprägte sein muss.

Das andere ist inhaltlich – genau, es ist ein Kompromiss, und es ist auch so – was *Fischer* immer wieder betont –, dass man der Realität des Jahres 2003 auch Rechnung tragen muss. Also, eine Mehrheitsentscheidung als generelle Regel in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, dafür ist die Zeit nicht reif, vielleicht auch zum Teil in der Innen- und Justizpolitik – wie ich leider in Klammern anmerke, weil ich der Meinung bin, dass ohne Mehrheitsentscheidungen das nicht funktioniert – aber in der Sicherheitspolitik ist es klar, dass es dort ans Eingemachte der Souveränitätsrechte geht und dass die Rolle des Präsidenten des ER auch stärker in diesem Bereich liegen sollte, nachdem was die Deutschen und Franzosen in ihrem Vorschlag unterbreitet haben. Aber dennoch hat sich das ja später im Laufe des Konventes weiter entwickelt.

G.S.: Deutschland, Frankreich Luxemburg und Belgien unterstützen ja sehr stark die Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Warum unterstützen gerade Deutschland und Frankreich (...) dieses Projekt?

M.S.: Da bin ich jetzt nicht der absolute Experte. (...) Ich glaube, dass Frankreich auch immer versucht hat, die europäische Eigenständigkeit, sicherheitspolitische Identität Europas zu fördern bis hin zu einer europäischen, autonomen Verteidigungspolitik. Und dass Frankreich das immer noch als eine Möglichkeit sieht, stärker in diese Richtung zu gehen.

Deutschland steht da wieder zwischen zwei Lagern. Einmal durch seine starke Verwurzelung – allen transatlantischen Streitigkeiten zum Trotz – in die NATO; das ist für Deutschland auch aus historischen und strategischen Gründen immer ein Kernpfeiler seines politischen Denkens gewesen. Es geht hier auch darum, die Balance zu wahren zwischen den beiden Ansätzen: auf der einen Seite dem von den Briten verkörperten Ansatz, dass man nichts unternehmen darf, was die transatlantische Allianz auch nur in Ansätzen schwächen könnte, und andererseits der von mir vielleicht etwas vereinfacht dargestellte französische Ansatz, der darauf hinausläuft, sich zumindest die Optionen offen zu halten, dass es eine multipolare Welt gibt mit Mächten, die gegebenenfalls auch eigenständig



militärisch handeln können. Die deutsche Position ist, dass man das auch als Preis gezahlt hat für das, wo man anderswo Konditionen bekommen hat.

(kurze Unterbrechung)

M.S.: ESVP – Wie man das einordnet: Ist das ein Herausbrechen von den vieren aus der europäischen Front oder ist es so, dass die in die richtige Richtung gehen und die anderen hinter sich her ziehen können irgendwann?

Und da gab es ja auch sehr unterschiedliche Reaktionen. Man muss das auch vor dem Hintergrund der Irak-Krise sehen, da es die vier waren, die sich gesperrt haben. Und ich glaube, wenn das nicht gewesen wäre, wäre die Initiative vielleicht nicht gekommen und wenn sie gekommen wäre, dann wären auch durchaus andere bereit gewesen, da mitzuziehen. Ich kann Ihnen jetzt nicht die zehn oder zwanzig Punkte herunterbeten, die da drin stehen. (...). Aber wir waren zumindest der Ansicht, dass es nicht so revolutionär ist, dass es die NATO sprengt. Aber ob der Zeitpunkt richtig gewählt war, das ist eine andere Frage. Psychologisch hat es in dieser Phase gerade das Gegenteil bewirkt.

G.S.: Meine Einschätzung ist, dass Deutschland in gewisser Weise Frankreich abgerungen hat, dass, wenn eine europäische Sicherheitspolitik und -union zustande kommt, dies als Stärkung des NATO-Pfeilers erfolgt, da Frankreich doch immer sehr stark auf eine Eigenständigkeit gepocht hat.

M.S.: Es ist halt die Frage, inwieweit man das tatsächlich aus dieser Initiative total herauslesen kann. Ich glaube, es gibt Ansatzpunkte. Vieles passt sehr gut rein, aber die Skepsis ist da bei den anderen, insbesondere bei den Briten, dass das etwas ist, was zu einer Verselbstständigung europäischer Verteidigungspolitik führen könnte.

G.S.: Wie schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass die verstärkte Zusammenarbeit in diesem Bereich überhaupt zustande kommt?

M.S.: Also, wir müssen sehen, was mit der Verfassung sein wird. Im Augenblick gibt es da ja keinen Spielraum.

G.S.: Wenn die Verfassung so bleibt, wie sie jetzt vorgeschlagen wurde, stehen die Wahrscheinlichkeiten ja eher schlecht.

M.S.: Es ist ja so, dass die Voraussetzungen für eine engere Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik anders sind als in der Sozialpolitik, der Innen- und Rechtspolitik. Das, was drin steht, ist zwar in der Anlage etwas Vergleichbares, aber die institutionellen Voraussetzungen sind nicht so klar umrissen. Es wird umso schwerer sein, in der Praxis da weiter zu gehen. Ob es nicht dennoch Versuche geben wird, das gegebenenfalls außerhalb des vertraglichen Rahmens zu machen, das ist jetzt eine Frage der Spekulation.

Ich denke ohnehin – das ist eine allgemeinere Einschätzung –, dass die Verfassung, wenn sie kommt, trotz des schön klingenden Namens nicht mehr ist als eine wichtige, aber dennoch lediglich Vertragsrevision, der andere folgen müssen und folgen werden. Insofern sehe ich das ganze auch in einem evolutiven Prozess. Dafür sind die Mängel jetzt in dem Verfassungsvertrag auch zu klar. Ob man das jetzt zum Anlass nehmen sollte, das Ding aufzuschnüren, wie das viele wollen, ist eine andere Frage. Ich glaube, dass man auch für die Außen- und Sicherheitspolitik sagen muss, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre, wenn die Auslandseinsätze der Europäer zugenommen und sich eingespielt haben werden, einen Teil dieser Dinge mit allen 15 oder mehr zu erledigen, ohne dass das als etwas gesehen wird, was die NATO kaputt macht.

G.S.: Wie soll sich die ESVP aus deutscher Sicht entwickeln. Als Juniorpartner der USA?

M.S.: Die deutsche Sicht, was das zentrale deutsche Interesse ist, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich glaube schon, dass man verhindern will, dass Frankreich einen echten, gleichwertigen Pfeiler errichtet, einen europäischen Pfeiler, der tatsächlich eigenständig sein könnte. Aber da bin ich einfach nicht genug drin. Da müsste ich entweder meinen Kollegen holen oder ich müsste Ihnen sagen, was das Denken in den Reden, was hört man so (...). Aber da bin ich jetzt nicht so drin. Ich glaube, dass das in dem ganzen Verfassungsgebungsprozess ein Schauplatz ist, der eben noch wirklich ganz, ganz im Rohbau ist.

G.S.: Sie nehmen eher an, man hat das jetzt mal in den Raum geworfen – eine Sicherheits- und Verteidigungsunion – aber bis das mal Wirklichkeit wird, werden noch zehn bis fünfzehn Jahre vergehen.

M.S.: Ja, zehn bis fünfzehn Jahre, das kann alles sehr schnell gehen. Aber es ist ein längerfristiger Prozess. Was ich schon sagen kann, ist, dass es ganz entscheidend nicht nur auf den politischen Willen ankommt – das wird oft gesagt, dass der politische Wille der einzige sei, nach dem Motto, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg –, aber in der EU ist der Weg eigentlich erst dann zu beschreiten, wenn auch die Entscheidungsverfahren so sind, dass Beschlüsse getroffen werden können. Das heißt nicht, dass einer immer in die Ecke gestellt werden muss, sondern die Tatsache, dass man auch in der Außen- und Sicherheitspolitik in irgendeiner Form bis hin zur Verteidigungspolitik eines Tages zu mehrheitlichen Beschlüssen kommen kann, eröffnet da ja nur zusätzlichen Spielraum. Es ist nicht so, dass einer wirklich überstimmt werden soll, wider seine eigenen Interessen, sondern dass er weiß, als Gruppenentscheidung muss ich eben sehen, was ich noch rausholen kann. Und die anderen wissen auch, wir müssen auf den Rücksicht nehmen, wir müssen dem entgegenkommen. Man sieht das auch bei vielen Binnenmarktentscheidungen oder Entscheidungen, wo mit Mehrheit abgestimmt werden kann, wo es gar nicht zur Abstimmung kommt. Dieser Prozesscharakter, Verhandlungscharakter wird dadurch erst recht gefördert. Da gibt es Untersuchungen, die nachweisen, dass relativ wenig abgestimmt wird. Manchmal wird auch nur abgestimmt, weil einer es braucht, um zu Hause zu sagen, ich war nicht dafür.

G.S.: Sehen Sie Möglichkeiten, dass gerade Deutschland durch eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik international mehr Verantwortung übernehmen kann? Ich sehe das im Kontext, dass gerade nach der Wiedervereinigung viele - sowohl wissenschaftliche als auch politische - Stimmen laut wurden, die „Angst“ vor einer neuen Großmachtsstellung Deutschlands in Europa haben. Und dass das Gebiet von Militär, Verteidigung und Auslandseinsätzen da natürlich das brisanteste ist.

M.S.: Ich würde da auch eine Parallele ziehen zum Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik, wo ja auch immer die Angst bestand, dass Deutschland und die DM alles platt walzen würden. Und die Währungsunion war eine Möglichkeit, um Deutschland eine zentrale Position zukommen zu lassen, aber im gesamten Verband. Die Rolle Deutschlands in der Währungsunion ist bestimmt nicht geringer geworden als zu Zeiten, als es die Währungsunion noch gar nicht gab.

Deshalb glaube ich, (...) dass es für Deutschland und deutsche Interessen leichter sein könnte, sich zu akzentuieren, wenn es einen europäischen Rahmen gibt für eine Sicherheit und Verteidigungspolitik, wo eben auch die Grenzen aufgezeigt sind, (...) zumindest die Perspektiven als etwas Evolutes, worauf wollen wir eigentlich hinaus und auch, was die Rolle jedes einzelnen Mitgliedstaates in dieser Verteidigungsunion angeht. Ich glaube, dass ist eher etwas, was einer stärkeren Wahrnehmung deutscher Interessen entgegenkommt, als wenn wir gar nichts haben und man mal wieder die Muskeln spielen lässt. Das kann ich zu dem sagen.

G.S.: Gerade Deutschland und Frankreich stehen momentan unter starkem innenpolitischen Reformdruck. Z.B. die letzten Meldungen zum Wirtschafts- und Stabilitätspakt, dass beide Länder sehr große Probleme haben, die Kriterien einzuhalten. Welche Auswirkungen wird dies auf die Zukunft, das Voranschreiten der Union, die Annahme des Verfassungsvertrages haben?

M.S.: Vielleicht positiv kann man sagen: Die Tatsache, dass beide diese Schwierigkeiten haben, macht es natürlich leichter, Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich zu vermeiden. Wenn wir eine Situation hätten, wo einer sich penibel an die Regeln hielte und der andere sich darüber einfach hinweg setzen würde, dann würde dies das ganze noch schwieriger machen und auch der Glaubwürdigkeit der deutsch-französischen Zusammenarbeit schaden. Seither könnte man aus integrationspolitischer Sicht sagen, Gott sei Dank, dass es beiden so schlecht geht.

Aber der Schaden ist schon da. Die Tatsache, dass sich nun eigentlich kaum jemand um die Einhaltung der Koordinaten der Kriterien richtig schert, nur die Holländer und mit Einschränkung die Luxemburger, die das erreichen. Aber die Italiener sind auf dem gleichen Trip und damit haben wir drei. Die Spanier kennen eine andere Konjunktur- und Wirtschaftsentwicklung, die kennen das Problem nicht, aber man weiß nicht, ob es noch so kommen könnte. Die Glaubwürdigkeit ist aber schon angegriffen, da man den Stabilitätspakt ja als etwas Eheres erklärt hat, das es deutlich zu respektieren gilt. Es ist auch ein Wachstumspakt und wer Wachstum will, muss auch investieren und möglicherweise da auch wieder an der öffentlichen Finanzschraube drehen. Aber sagen wir mal, der Eindruck, der nach außen abstrahlt, ist negativ. Ich will jetzt gar nicht diskutieren, ob die

Stabilitätskriterien angemessen sind oder nicht. Das ist ein Glaubenskrieg. Die einen sagen, 4% sind auch o.k., andere sagen, drei sind schon zuviel. Ich glaube, darum geht es gar nicht.

Sondern es geht darum, wenn man schon einmal Regeln hat, dass man sich dann auch daran hält. Das ist die vergangenen sechs, sieben Jahre auch ganz gut gegangen und hat disziplinierend gewirkt. Aber momentan hat man das Gefühl, dass insbesondere Frankreich gar nicht bereit ist, anzuerkennen, dass es als Mitglied der Währungsunion eben auch eine besondere Verantwortung hat bei der Einhaltung dieser Regeln. Wir sitzen nun mal alle in diesem Boot und wenn einer da ständig Löcher in die Wand bohrt, braucht man sich nicht zu wundern, wenn das ganze Ding aus dem Gleichgewicht kommt.

Also, das wird schon, glaube ich, sich psychologisch auswirken. Ich glaube nicht, dass – wenn jetzt nicht in Schweden in letzter Sekunde was passiert und das Ja-Lager es doch für sich entscheidet –, dass dann so oder so die Debatte kommen wird: ihr habt das mitverursacht und damit habt ihr auch dafür gesorgt, dass die Briten draußen bleiben werden auf Dauer. Man hat ja gehofft, dass man über Schweden auch die anderen mit reinkriegen würde. Ich glaube, dadurch wird das Spannungsfeld zwischen den zwischenstaatlich ausgerichteten Mitgliedstaaten und den Kernländern eher größer werden. Ich fürchte, dass wird man auch bei der Regierungskonferenz spüren können.

Es ist aber auch so, dass die Briten in der Regierungskonferenz eine ziemlich neutrale Haltung einnehmen. Sie haben in der Außen- und Sicherheitspolitik erreicht, was sie wollten, nämlich dass das Veto fast nicht aufgeweicht wird und mit dem Rest können sie eigentlich ganz gut leben. Und in der Innen- und Rechtspolitik haben die Briten voll und ganz an der Seite derjenigen gestanden, die Mehrheitsentscheidungen wollten.

G.S.: Die Deutschen haben ja das Veto im Bereich Asyl durchgesetzt. Wie beurteilen Sie dies?

M.S.: Also, sachlich, aus der deutschen Interessenlage heraus, ist es ein Thema, wo sehr viele Ängste mit verbunden sind. Da haben sich die Unionsländer und die Bundesregierung gegenseitig in Schach gehalten, weil sie eben Angst haben, dass es so gelesen werden könnte, dass künftig „Haufen von wildgewordener Afghanen“ u.s.w. dann über Deutschland einfallen würden.

Ich habe persönlich und auch in der Zeitung immer einen anderen Standpunkt vertreten. Ich habe gesagt, wer will, dass es so bleibt, wie es jetzt ist, der soll das System und die Einstimmigkeit behalten. Wer was ändern will, muss in die Mehrheit gehen, weil es auch dort wieder so ist, dass nicht einer überstimmt und in die Ecke gestellt wird, sondern weil das dann auch einen Verhandlungsprozess auslösen wird. Nun glaube ich auch, dass diese Debatte über die Zuwanderung Drittstaatenangehöriger ein Schuss ist, der nach hinten losgehen wird. Da wird sich auch in der Politik nichts verändern.

G.S.: Sie würden betonen, dass das Wichtige an der Gemeinschaftsmethode der informelle Prozess ist. Es geht weniger darum geht, entscheiden wir jetzt mit Einstimmigkeit oder Mehrheit, sondern Mehrheitsentscheidungen sind deswegen gut, nicht weil einer überstimmt werden kann, sondern weil dann der Verständigungsprozess stattfindet

M.S.: Ja, der Kern der Gemeinschaftsmethode ist, dass man das gemeinsame europäische, übergeordnete Interesse sehen muss. Das ist natürlich mit Kompromissen verbunden. Wenn einer versucht, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen, dann läuft das nicht. Das ist so in jedem Politikbereich gewesen, in der Agrarpolitik kann man das nachvollziehen, in der Außen- und Sicherheitspolitik und in anderen Bereichen kann man das auch nachvollziehen. In der Asyl- und Einwanderungspolitik ist es genauso. Es besteht nun die Notwendigkeit, europäische Regelungen zu finden, für Dinge die europäisch relevant sind und Auswirkungen haben (...). Viele dieser Leute, die jetzt nicht reinkommen sollen, sind ja schon da (...) und das kann ja auch nicht Sinn der Sache sein.

Ja, so kann man die Gemeinschaftsmethode auch definieren, dass es einfach auch ein Instrument darstellt, um gemeinsame Interessen erst einmal definieren zu können und dann auch verwirklichen zu können.

G.S.: Hat dann nicht Deutschland eigentlich eine sehr gute Position, weil es sehr gekonnt diese Vermittlerrolle spielen kann?

M.S.: Ja, im Sinne des Spagats in der EU schon. In der Innen- und Justizpolitik sehe ich das nicht. Also, da sehe ich eher eine total verkrustete Position, die überhaupt nicht den Tatsachen Rechenschaft trägt. Wenn wir uns umgucken in Deutschland, dann ist es doch so, dass die Vorurteile der Leute geschürt werden. Und das liegt nicht daran, dass Europa das gemacht hätte, sondern dass es eben europäisch gar keine Verständigung gibt, das hinzukriegen, z.B. dass man keine vernünftigen Quotenregelungen hat, wer geht wo hin.

G.S.: Nehmen Sie an, dass es ganz einfach ein Zugeständnis an die Unionsländer war?

M.S.: Ja, von *Fischer* sowieso; bei *Schröder* (...), bei *Schily* (ist das schwieriger). Das ist jetzt auch mein persönlicher Eindruck, *Schily* ist total eingebunkert in ein Haus, das sich europapolitischen Überlegungen von jeher verschlossen hat. Da ist überhaupt kein Nährboden da. Das kam zusammen mit *Schilys* Entwicklung über die Jahrzehnte von der einen Seite des politischen Spektrums zur anderen. *Schily* war da nicht in der Lage, sich flexibel zu zeigen, sich andere Positionen anzuhören. Der ist ein echter Betonkopf in der Beziehung. Das werde ich jetzt in den nächsten Tagen in Rom noch einmal vor Augen geführt bekommen, glaube ich.

G.S.: Was denken Sie, wo auf der Regierungskonferenz die Streitpunkte liegen werden? Was wird jetzt neu verhandelt werden müssen?

M.S.: (...) Die Themen liegen auf dem Tisch. Die Frage, ob wir mehr Mehrheitsentscheidungen brauchen in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Steuerpolitik, in der Innenpolitik. Das ist ein Punkt, wo sich meiner Meinung nach nichts bewegen wird und das ist vielleicht auch ganz gut so.

Dann kommt der Punkt, der besonders den Kleinen am Herzen liegt, also ob jeder Mitgliedsstaat auch künftig einen Kommissar stellen kann.

Der dritte Punkt ist, können wir es mit der Stimmengewichtung so halten, wie das jetzt der Fall im Verfassungsentwurf ist oder müssen wir uns doch stärker an dem orientieren, was in Nizza (vereinbart wurde). Spanien und Polen sagen, sie würden überall verlieren, die Spanier ihren zweiten Kommissar; die Polen sagen, wir bekommen keine zwei Kommissare, die anderen sollen jetzt auch nur einen haben, das relative Gewicht im EP würde auch weniger werden, wie das jetzt aussieht und im Ministerrat würde auch die Position geschwächt, weil vorher Spanien mit zwei großen Mitgliedsstaaten etwas blockieren konnte und künftig das nicht mehr der Fall sein wird. Das ist rein interessenpolitisch definiert.

Der vierte Punkt, der in der Regierungskonferenz noch einmal aufkommen wird – es werden viele kleine kommen –, ist das Verfahren der künftigen Vertragsänderungen. Das halte ich für einen ganz entscheidenden Punkt, weil der ausschlaggebend dafür ist, wie die künftige Dynamik der Integration aussehen kann. Wenn wir nicht nur das Konventsmodell einführen, sondern darüber hinaus auch erste Öffnungen schaffen, dass man die Verfassung in Teilen ohne dieses schwerfällige System von Ratifizierung und Einstimmigkeit verändern kann, dann wäre das dynamische Element, das wir auf jedem Fall brauchen, gestärkt.

Ich glaube, der erste Punkt, da wird sich kaum was bewegen. Und beim vierten denke ich auch, dass sich nichts bewegen wird, sonst hätte man bereits im Konvent mehr in der Richtung gearbeitet.

Jetzt ist die Frage, was passiert mit den beiden anderen Punkten.

Ich denke, dass der Punkt ein Kommissar pro Mitgliedsstaat etwas ist, was nicht so schwerwiegend wäre, wie das von Deutschen und Franzosen dargestellt wird. Ich glaube, die Kommission könnte auch mit 28 bzw. 30 stimmberechtigten Kommissaren so ähnlich funktionieren, wie das jetzt der Fall ist. Das halte ich für ein ziemlich vorgeschobenes Argument.

Andererseits ist schon die Gefahr gegeben, dass, wenn man eine Sache ändert, die von allen die erforderliche Zustimmung haben muss, die Gefahr besteht, dass man hier was ändert und an anderer Stelle dieses Kompromisses anfängt, herum zu schlüsseln. Ich sehe jetzt nicht die Verbindung zwischen z.B. dem Punkt und dem Punkt der Stimmengewichtung.

Insofern denke ich, dass es schwer sein wird, das zu verändern. Da stimme ich Leuten wie *Hänsch* und *Fischer* zu, das im Grunde so zu übernehmen, wie es jetzt ist.

Es wird aber gesagt, und das wirkt jetzt auch sehr populär, dass es ein deutsch-französisches Modell ist, die Blaupause dessen, was damals von den Deutschen und Franzosen so in den Raum gestellt wurde. Das soll jetzt als Blaupause für die europäische Verfassung dienen. Das löst Reflexe aus. Wenn nicht die BENELUX-Länder und andere kleine versuchen, sich dem entgegenzustellen, dann besteht tatsächlich die Gefahr, dass eine Dynamik sich da ausbreitet – wie das jetzt auch in Riva zu sehen war –, wo es praktisch einen Aufstand der Kleineren gegen die Großen gibt. Wenn es wirklich soweit kommt, dass dieses Thema der Stimmengewichtung und das der Kommission zu Hauptstreitpunkten wird, dann sieht das zappenduster aus. Dann können wir wieder, denke ich, in so einer Situation wie in Nizza landen, dass wir vielleicht einen Vertragstext haben, der neu geordnet ist, der bestimmte Vereinfachungen enthält – was unstrittig immer als positiv dargestellt wird –, aber das letztlich die politische Dynamik, die wir brauchen, um den Herausforderungen gerecht zu werden – das ist ja kein Selbstzweck, sondern die Herausforderungen ändern sich ja auch in der Innenpolitik, im Binnenmarkt, das ist ja auch ein Prozess, der weiter geht. Wenn man diese Herausforderungen sieht,

dann ist eine Dynamik erforderlich. Ohne diese Dynamik kommen wir wirklich in eine große Krise, wahrscheinlich eine größere Krise als in Nizza, weil wir dann mit 25 Mitgliedsstaaten da stehen und eine Vertrauensbasis dann einfach nicht mehr gegeben ist.

G.S.: (...) Wir haben jetzt einen Verfassungsgebungsprozess, wo mit dem neuen Vertrag die Sache nicht erledigt, sondern in einem evolutionären Prozess auch weitergehen wird. Wird es weiter gehen? Was sind die Zielmarken? Gibt es überhaupt noch Zielmarken?

M.S.: Also, alle sagen, das Ding, was wir jetzt machen, ist dazu da, um auch zu halten. Bestimmte Strukturen könnten, wenn der Verfassungsvertrag so angenommen wird, auch eine Weile überdauern. Aber ich sehe, um das noch einmal zu sagen, die Äußerungen so, dass das, was wir jetzt haben, zu statisch ist. Da gibt es einen Konflikt zwischen der Dynamik der äußeren Herausforderungen und der Statik des Modells, das wir haben. *Giscard* sagt dann, ja, wir können dann mit einem einstimmigen Beschluss in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu Mehrheitsentscheidungen übergehen und in anderen Bereichen auch. Aber wieder die Einstimmigkeit.

Es müsste was anderes sein, um Dynamik zu ermöglichen. Ich glaube schon, dass – ob man will oder nicht – es weiter gehen wird, die Integration weiter gehen wird. Ich glaube, dass auch nach wie vor – trotz aller gerechtfertigter Hinweise darauf, dass wir ein föderales als auch zwischenstaatlich geprägtes System haben –, dass es noch stärker in eine bundesstaatliche Struktur hineingehen muss. Dazu wäre es auch ganz gut, wenn manche Leute sich angucken würden, was bundesstaatlich überhaupt heißt: die Erfahrungen in Deutschland, Österreich und neuerdings auch Belgien mit föderalen Modellen.

G.S.: Sehen Sie noch die Zielvision der „Vereinigten Staaten von Europa“?

M.S.: Also, ich ja, andere vielleicht nicht. Das ist etwas, was nicht populär ist, aber ich denke, dass der historische Prozess seit 50 Jahren immer weiter in diese Richtung gegangen ist. Jede Regierungskonferenz, auch Nizza, hat uns wieder ein Stück den Vereinigten Staaten von Europa näher gebracht. Das Wort nimmt kaum noch einer in den Mund. Ich habe da überhaupt keine Probleme mit, aber ich werde mich jetzt nicht damit auf den Marktplatz stellen. Man kann das nennen, wie man will. Man kann sich das ja anschauen: Wo funktioniert Europa? Europa funktioniert dort, wo es föderal strukturiert ist. Ich weiß, dass es komplizierter ist, das im Bereich Verteidigungspolitik zu verwirklichen und auch in der polizeilichen Zusammenarbeit hinkt da einiges hinterher. Aber die Richtung ist für mich klar.

Ich gehöre zu denjenigen, die noch relativ weit in diese Richtung denken. Es gibt noch mehr (...) unter meinen Kollegen, die so denken. Mag vielleicht auch daran liegen, dass wir hier in Brüssel sitzen.

G.S.: Das unterstützt ja die europäische Perspektive hin zu mehr Europa (...) im Gegensatz zur nationalen Perspektive.

M.S.: Ja, das darf man auch nicht so offen sagen. Ich kenne mich auch nicht in den Einzelheiten der hessischen Landespolitik aus. Es gibt leider immer noch nicht genügend Information und Wissen über europäische Meinungsbildungsprozesse, über das institutionelle Gefüge, was Europa ist und warum Europa so oder so handelt oder auch nicht. Das kann man auch sehr schwer vermitteln.

G.S.: Dann danke ich Ihnen herzlich für das Gespräch!



## **Gespräch mit Dr. Joachim Wuermeling, MdEP (CSU), und Ute Wündisch am 10. September 2003 im Europäischen Parlament in Brüssel<sup>4</sup>**

*Ute Wündisch:* Ich habe mir Ihre Änderungsanträge zu den Institutionen angeschaut. Es sieht so aus, dass Sie stark die EP-Position – Stärkung des Parlaments, Rechte der Kommission, ein Kommissar pro Land, keinen Präsidenten des Europäischen Rates – vertreten haben.

Sind Sie auch der Ansicht, dass Herr *Hänsch* von der EP-Position in diesen Punkten zu weit abgewichen ist?

*Joachim Wuermeling:* Mit der EP-Position hat das so seine Bewandnis. Wir haben natürlich eine Reihe von Beschlüssen und Resolutionen vor dem Konvent gefasst, die uns eine gewisse Orientierung gewesen sind. Nur hat das natürlich niemanden förmlich gebunden. Und die Parlamentsdelegation selbst hat auch nicht den Versuch unternommen, die Mitglieder auf bestimmte Positionen festzulegen oder sich auf bestimmte Positionen zu einigen. Das habe ich auch in den Sitzungen kritisiert. Die EP-Delegation war die am besten organisierte im Konvent, weil die Abgeordneten das Arbeiten hier gewohnt sind, weil sie hier vor Ort waren. Sie hat ihre Chance mit gemeinsamen Änderungsanträgen eigentlich nicht genutzt, um die Dinge zu beeinflussen. So sah ich meine eigene Positionierung auch nicht als abhängig von der Parlamentsdelegation an und viele, viele Punkte, wofür ich mich in der Delegation eingesetzt habe, haben da nie eine Mehrheit bekommen. Ich habe mich da von der Loyalität her eher an meiner Parteiherkunft und an den bayrischen Interessen orientiert, da ich nun mal der einzige aus Bayern und aus der CSU im Konvent war (...).Insofern hat die Haltung der Parlamentsdelegation für mich keine so große Rolle gespielt.

*Gabi Schlag:* Darf ich kurz nachfragen: Die Konventsarbeit hat sich eher an der Parteizugehörigkeit orientiert als an der nationalen Herkunft und dem institutionellen Hintergrund der Mitglieder?

J.W.: Ich glaube, das kann man so nicht sagen. Der Europaberater von Herrn *Teufel* hat einmal so schön geschrieben, der Konvent sei multipolar. Das drückt sehr gut die Befindlichkeit aus. Da sind die Europaabgeordneten auch in einer besonderen Situation, weil sie in einer großen Delegation sind. Wenn ich einer von 16 oder mit den Stellvertretern einer von 32 bin, dann habe ich keine große Verantwortung gegenüber dem ganzen Parlament. Wenn ich jetzt aber der einzige Vertreter des deutschen Bundestages oder Bundesrates bin, dann ist natürlich ganz klar, dass ich dort mehr oder weniger 1:1 das vertreten muss, was der Bundestag oder Bundesrat sagt.

Insofern konnten es sich die Europaabgeordneten vielleicht noch eher erlauben, Individualisten zu sein. Am wenigsten haben sich die Mitglieder nach der Haltung der Komponenten gerichtet, der sie angehört haben. Also, die Regierungsvertreter haben sich nicht nach etwas gerichtet, was in der Gruppe der Regierungen verabredet worden war, zumal da sowieso kein Konsens zu finden war; bei den nationalen Abgeordneten genauso. Die Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppe war noch eher

---

<sup>4</sup> Abschrift der Gesprächsaufnahme. Kleinere Rechtschreibkorrekturen wurden vorgenommen.

(ausschlaggebend), zumal in Themenbereichen, wo die Leute keine eigenen Interessen hatten. Da waren ja auch viele, die dann gesagt haben, da habe ich keine dezidierte eigene Position, also mache ich das, was die Gruppe sagt.

U.W.: Hatte dies dann auch einen Einfluss auf die Position von Herrn *Hänsch*, da er ja im Präsidium saß, was ja eine herausgestellte Position ist.

J.W.: Ich hatte den Eindruck, dass die Präsidiumsmitglieder sehr bewusst vermieden haben, dass sich die diversen Gruppen positionieren und damit festlegen. Das ist in der Parlamentsdelegation sehr deutlich geworden: Man hatte kein Interesse daran, konkrete Änderungsvorschläge mit ins Präsidium zu nehmen, die man dann hätte dort vertreten müssen, ob man wollte oder nicht. Sondern die Kollegen haben sich schön ihre Freiheiten im Präsidium genommen und erhalten. Das war für das Gesamtergebnis vielleicht nicht schlecht, weil man dadurch nicht wie in Regierungskonferenzen mit festen Mandaten und Verhandlungsaufträgen nur gegeneinander gelaufen ist, ohne dass man weiter gekommen ist. Ich glaube, dass Herr *Hänsch*, der ein exzellenter und sehr erfahrener Europapolitiker ist, sich eher von dem hat leiten lassen, was er selber von den Dingen gedacht hat (und das war allemal besser als die Haltung der sozialistischen Fraktion).

U.W.: Wo sehen Sie die größten Differenzen zwischen den deutschen Positionen? Ich würde sagen: der permanente Präsident des Europäischen Rates, die Zahl der Kommissare.

J.W.: (...). Wo es größere Differenzen gab, war im Bereich der Kompetenzabgrenzung, wo ich mich sehr engagiert habe. Aber das ist jetzt nicht so im Fokus Ihres Interesses.

Die Verkleinerung der Kommission – wüsste ich gar nicht, dass wir dort innerhalb der Deutschen Differenzen gehabt hätten. War da jemand dagegen?

U.W.: Es gab Änderungsanträge, ich meine mich auch an Ihren Namen zu erinnern, wo es hieß, ein Kommissar pro Land. Frau *Kaufmann* hat dies noch sehr lange vertreten.

J.W.: Gut, Frau Kaufmann, das mag sein. Meine Meinung war das nie und ich kann mich nicht erinnern, jemals so einen Änderungsantrag unterschrieben zu haben (...). Ansonsten bin ich persönlich der Meinung, dass die Kommission so klein wie möglich sein soll. Mich leitet weniger die Überlegung, ob jetzt jedes Land repräsentiert ist. Im Moment ist es so – und wenn es dann 30 werden noch mehr –, dass die Kommission politisch nicht geführt wird. Jeder macht da, was er will. Das ist kein Kollegium mehr, das gemeinsam politische Entscheidungen trifft. Sondern das ist ein Ausschuss, in dem irgendwelche Sachen durchgewunken werden. Gerade heute morgen müssen wir uns wieder mit einer Richtlinie beschäftigen, die völlig missraten ist, weil der Kommissar nicht kontrolliert, was die Generaldirektion ausarbeitet. So geht das nicht mehr weiter.

Was den Ratspräsidenten angeht, war es allerdings so, dass *Elmar Brok* von Anfang an dagegen war. Ich persönlich habe da keine so großen Vorbehalte gehabt. Ich halte das nicht für so tragisch. Die institutionellen Fragen wurden eigentlich unter den Deutschen immer mit relativ großem

Einvernehmen besprochen. Auf Frau *Kaufmann* als PDS-Abgeordnete, wurde natürlich nicht unendlich viel Rücksicht genommen (...). Somit sind auch Differenzen mit ihr nicht so deutlich geworden. (...).

U.W.: Also sagen Sie, dass die Differenzen unter den Deutschen gar nicht so groß waren.

J.W.: In Sachen Institutionen nicht. Es gibt insofern auch eine deutsche Position, die in dem deutsch-französischen Papier schon relativ früh niedergelegt wurde und das war für uns Europaabgeordnete ein echter Durchbruch.

U.W.: Es wurde positiv aufgenommen.

J.W.: Ausgesprochen, denn es war ein wirklicher Schritt voran, weil man da etwas gewagt hat. Das hat den Konvent sicherlich sehr voran gebracht und wir, die deutschen Europaabgeordneten, haben das von Anfang an unterstützt. Unsere Probleme mit der Bundesregierung lagen in ganz anderen Bereichen.

G.S.: Sehen Sie somit die deutsch-französischen Beziehung, nach einer längeren Durststrecke, wiederbelebt und als den entscheidenden Motor der Vertiefung und Erweiterung an?

J.W.: Bei so vielen Mitgliedstaaten gibt es keinen entscheidenden Motor mehr. Aber was den Konvent selber angeht, ist es schon so gewesen, dass dieser sehr ambitionierte Vorschlag, etwa die Verkleinerung der Kommission, Übergang zu Mehrheitsentscheidungen, Mitentscheidung des EP, Außenminister usw. in einer relativ frühen Phase dem Konvent gezeigt hat, dass auch weitgehenden Ideen realistisch sein können. Andere haben gesagt, das ist ja alles Phantasie, das hält niemals, das können wir nicht durchsetzen. Als die beiden großen Mitgliedsstaaten dann sagten, wir machen das jetzt zu unserer Position, war das schon ein großer *Push*.

G.S.: Für die deutsche Position ist es ja sehr wichtig, andere europäische Partner zu gewinnen, gemeinsame Vorschläge einzubringen. Sie als Parlamentarier kennen ja von der europäischen Ebene das Geschäft sehr gut. Ist überhaupt vorstellbar, dass Deutschland mit jemand anderem als Frankreich solche Initiativen einbringt?

J.W.: Es ist kaum vorstellbar, es ohne die Franzosen zu machen. Aber es wird in Zukunft nicht mehr reichen, es nur mit den Franzosen zu machen. Es ist nun einmal so, dass die Interessenslagen von Deutschland und Frankreich einander am nächsten liegt. Ich glaube, die Grundeinstellung zur Europapolitik (...) – die Gemeinschaftsmethode –, das ist etwas, was uns von Anfang an mit den Franzosen verbunden hat. Wir meinten, dass die europäischen Institutionen, dass Europa auf den Schultern seiner eigenen Institutionen ruhen sollte. Da brauchen wir mit den Engländern überhaupt nicht drüber zu reden. Und in Spanien geht es vor allem ums Geld. Das haben wir nun auch wieder nicht im Überfluss – um es mal zu karikieren. (...).

G.S.: Sehen Sie eigentlich Veränderungen, welche Bedeutung man Europa, dem Integrationsprozess in Deutschland zuschreibt? In der Zeit vor 1989/90 war die Integration ein Friedens- und Versöhnungsprojekt. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands hat man ja sowohl in der Politik als auch Wissenschaft Fragen zur Zukunft Deutschlands in Europa gestellt (...).

J.W.: Ich glaube, um das mal ein bisschen pathetisch zu sagen, jede Generation muss sich ihr Europa selber erkämpfen und erarbeiten. Die Herausforderungen, vor denen die Europäische Union heute steht, sind ganz andere als vor 50 Jahren. Insofern muss auch der Inhalt der Europapolitik ein anderer sein. Es kann sein, dass das mit weniger Begeisterung gemacht wird als damals. Wobei Zeitzeugen auch sagen, dass sei so gigantisch auch nicht gewesen. Sie haben völlig recht, dass die ursprünglichen Ziele erreicht sind: Frieden und Freiheit in ganz, nicht nur im Westen, auch im Osten Europas, Stabilität, Binnenmarkt, Euro. Es ist jetzt die Frage, wie geht es eigentlich weiter? Will man sich damit begnügen, soll es das jetzt alles sein oder gibt es noch andere Aufgaben für die Europäische Union, denen man sich heute zuwenden muss? Da sehe ich z.B. die ganzen Folgen der Globalisierung, die Vertretung der europäischen Interessen in der Welt, jetzt *Cancun*, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Insofern gibt es völlig neue Aufgaben für Europa. In dem Verfassungsvertrag muss die Grundlage gelegt werden, dass sie bewältigt werden können. Dann wird es mit der EU schon weitergehen, aber es wird eine ganz andere Schwerpunktsetzung sein als vor 1989.

G.S.: Sie würden nicht sagen, dass man pragmatischer an die Sache rangeht, sondern ein neues Gefühl für Europa entwickelt.

J.W.: Das widerspricht sich vielleicht nicht. Natürlich muss man pragmatisch herangehen, aber ich bin schon der Meinung, dass die Schwerpunktsetzung eine ganz andere sein muss in Zukunft. Sie sehen in Brüssel Tag für Tag, dass die Kommission alle möglichen Aktivitäten in peripheren Bereichen entfaltet. Ich will jetzt nicht sagen, weil sie nichts anderes zu tun hat, aber es wird alles perfektioniert, was schon da ist, aber mit den neuen Aufgaben geht es nicht weiter. Wenn man überlegt, was für einen kleinen Mitarbeiterstab *Solana* hat, und wie viel Hunderte von Leuten in den Generaldirektionen Umwelt, Industrie, Telekommunikation arbeiten. Die brüten irgendwelche Sachen aus, für die sich kein Mensch interessiert. Vieles bräuchte von den kleinteiligen Aktivitäten überhaupt nicht auf europäischer Ebene gemacht zu werden, aber in den zentralen Fragen geht es nicht weiter.

G.S.: Welche Möglichkeiten bietet der neue europäische Außenminister, der ja eine Doppelfunktion hat – Einbindung in den Rat und Kommissionsmitglied?

J.W.: Ich glaube, dass die Fähigkeit der europäischen Union, sich außen- und sicherheitspolitisch darzustellen, enorm vergrößert wird, wenn auch der politische Wille durch Institutionen nicht ersetzt werden kann. Es ist natürlich ein Riesennachteil, dass wir nach wie vor die Einstimmigkeit in diesem Bereich haben. Dennoch glaube ich, der Umstand, dass es überhaupt schon mal jemanden gibt, der Europäischer Außenminister heißt, ist ein Schritt voran, der wird dann auch so wahrgenommen in der

Welt, Dass sich die anderen Außenminister damit zufrieden geben, dass sie nicht mehr die erste Rolle spielen ebenfalls. Das ist in der Politik nicht oft der Fall. Dass er den Vorsitz führt im Außenministerrat, ist ein Fortschritt, denn dadurch bestimmt er die Tagesordnung, er macht die Papiere, er treibt das Ganze an. Und die Verankerung in der Kommission führt natürlich dazu, dass er über enorme Ressourcen verfügt, insbesondere nach der Schaffung eines gemeinsamen diplomatischen Dienstes. Dieser arme Solana hat keine einzige Botschaft, die ihm einen politischen Bericht macht. Der Kommission gehört er nicht an. Die Kommission hat zumindest noch ihre Delegationen, aber für *Solana* arbeitet niemand. Und wenn ich dann nach Zimbabwe fliege und ich habe noch nicht einmal einen Botschafter, der Gespräche vorbereitet – was soll ich dann dort? Ich glaube schon, dass die Neuerungen enorm viel bringen werden.

G.S.: Ich würde gerne noch ein wenig näher auf den Bereich Sicherheit und Verteidigung eingehen. In diesem Bereich möchten ja Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit nutzen.

Nach Ihrer Einschätzung: Warum braucht Europa eine eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

J.W.: Also, die Frage ist absolut berechtigt. Ich würde da auch so antworten: Eine klassische, vor allem Verteidigungspolitik, brauchen wir nicht.

G.S.: Landesverteidigung.

J.W.: Ja, brauchen wir nicht. Ich wüsste nicht, wer uns angreifen sollte. Und außerdem ist dafür nun wirklich die NATO schon da und insofern wäre das nur eine Verdoppelung der Struktur. Das ist auch gar nicht der Punkt, um den es gegangen ist. Die Beistandsverpflichtung haben einige forciert als etwas eher von symbolischer Bedeutung, aber nicht aus sicherheitspolitischem, konkretem Interesse heraus.

Ganz anders sieht es natürlich aus mit einer Sicherheitspolitik im weiteren Sinne, die insbesondere die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in der Welt anbetrifft. Also die ganzen Petersberg-Aktionen. Und da ist eigentlich nicht einzusehen, warum wir nur im Gefolge der Vereinigten Staaten agieren sollen. Da müssen wir schon eigene Kapazitäten haben. Im übrigen macht es auch keinen Sinn, wenn (...) z.B. in Somalia später einmal 25 oder 30 Mitgliedstaaten je 20 Leute hin schicken, damit das eine gemeinsame Aktion der EU ist. Besser ist es, wenn man sich da zusammen tut, die entsprechende Logistik schafft, die entsprechende Ausbildung macht für Leute, die solche Aktionen machen können. Ich glaube, dass das ganz sinnvoll ist. Es ist klar, dass dafür die NATO kein Ersatz ist, weil man dort das machen muss, was die Amerikaner wollen.

G.S.: Dieses Projekt ist durchaus auch in gewissen Zügen eine Emanzipation der Europäischen Union von seinem transatlantischen Partner?

J.W.: Unbedingt. Das ist die zwangsläufige Reaktion auf das Verhalten der Amerikaner nicht nur im Irak-Konflikt, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Man will dort nicht einfach nur hinterher laufen.

G.S.: Wäre das dann, um sich auf gleicher Augenhöhe zu begegnen?

J.W.: Dazu braucht es noch ein bisschen mehr.

G.S.: Sehen Sie überhaupt Chancen, dass die verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung in den nächsten fünf bis zehn Jahren zustande kommt?

J.W.: Wir haben sie ja schon mit dem Eurocorp z.B. Das ist eine verstärkte Zusammenarbeit in dem Bereich. Es gibt die ganzen friedenserhaltenden Maßnahmen, bei denen eben einige Mitgliedstaaten beteiligt sind, aber nicht alle. Das ist ja eine verstärkte Zusammenarbeit. Deswegen verstehe ich auch nicht, warum die Amerikaner jetzt so einen Zinover draus machen. Denn es hindert schon jetzt keinen Mitgliedstaat daran, mit einem anderen militärisch zusammen zuarbeiten. Das ist dann nicht im Rahmen der EU, sondern bilateral. Insofern verstehe ich die Aufregung nicht ganz.

G.S.: Wie wichtig wird es dennoch sein, andere europäische Partner, z.B. Großbritannien, Spanien und auch Polen – die Länder, die im Irakkrieg an der Seite von Amerika standen –, zu überzeugen, sich auch an dieser sicherheitspolitischen Kooperation innerhalb der EU zu beteiligen?

J.W.: Sicherlich. Da muss man halt schauen, wer dazu bereit ist, mitzumachen. Es gibt ja eigentlich nur wenige Staaten, die sagen, wir machen überhaupt nicht mit. Und es ist auch nicht so, dass alle Dinge so eine Dimension annehmen wie der Irak-Konflikt. Viele kleine und mittlere Themen in der Außen- und Sicherheitspolitik werden nicht diese Art von Auseinandersetzung hervorrufen. Insofern glaube ich, dass da auch viel leichter ein Konsens zu erzielen ist.

G.S.: Also sehen Sie Chancen, Großbritannien von der Wichtigkeit dieses Projektes zu überzeugen?

J.W.: Das sehen die schon als wichtig an. Daran habe ich keinen Zweifel. Bloß die Schwierigkeit liegt halt einfach an der Frage, „wie hältst du es mit Amerika?“ Und ich interpretiere auch die ganzen Auseinandersetzungen um die Intervention im Irak (...) weniger als eine Frage, wie man die Massenvernichtungswaffen einschätzt, ob man das für gefährlich hält, ob man glaubt, dass welche da sind usw. Sondern eigentlich war das alles nur eine Frage des „wie hältst du es mit Amerika?“. Und ob ein Waffenarsenal mehr oder weniger gefunden wird, ist eigentlich egal. Da liegt meines Erachtens das Problem. Die Europäer haben ihr Verhältnis zu den Amerikanern niemals oder nicht neu definiert oder überhaupt nicht definiert. Jeder hat dann sein eigenes und das ist sehr geprägt von den Traditionen. (...). Die Deutschen hätten im Grunde so reagiert wie immer, wenn nicht Bundestagswahl gewesen wäre: Wir mit den Amerikanern. Wir hätten da an der Seite der Amerikaner gestanden, aus der alten Verbundenheit Berliner Luftbrücke, Marshallplan usw., ohne dass das irgendwie neu

überlegt worden wäre. Ich weiß nicht, ob Sie das Strategiepapier „Europäische Interessen in der Welt“, das *Solana* vorgelegt hat, aufgenommen haben, was jetzt auch noch einmal in Riva del Garda diskutiert wurde. Das ist der erste Versuch, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in kompakterer Form zu definieren: Wo sind unsere Interessen, wo sind die Risiken, was müssen wir tun, was brauchen wir für Mittel, was ist unsere Strategie. Da ist natürlich auch eine Frage, wie halten wir es mit den Amerikanern, wie stehen wir zu militärischen Interventionen usw. Da muss jetzt halt mal gemeinsam eine Position entwickelt werden, so dass man sich da auch annähern kann.

G.S.: Deutsche Außenpolitik war ja lange davon geprägt, dass man Situationen vermieden hat, in denen man sich zwischen Paris und Washington zu entscheiden hatte – der Spagat zwischen unterschiedlichen Interessen. Welche Möglichkeiten bietet eine emanzipiertere, europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerade Deutschland, international eigenständiger Verantwortung zu übernehmen?

J.W.: Ich glaube, dass man das in Deutschland weniger als Möglichkeit, sondern als Verpflichtung sieht.

G.S.: Verpflichtung von wem?

J.W.: In der Erwartung der europäischen und internationalen Gemeinschaft. Die Deutschen machen das ja eigentlich nicht gerne. Durch diesen Verfassungsvertrag übernimmt Deutschland in einem stärkeren Umfang, wenn auch im europäischen Kontext, eine Verantwortung, aus der es sich in den letzten 50 Jahren schön heraushalten konnte wegen seiner Vergangenheit.

G.S.: Ist diese Einbindung auch wichtig, um Frankreich zu beruhigen? Oder ist das gar kein Thema mehr?

J.W.: Es könnte ein Thema sein, wenn sich die Deutschen so benehmen würden wie die Amerikaner. Aber das machen sie halt nicht. Insofern hat auch keiner Befürchtungen, dass die Deutschen jetzt irgendwie weglaufen oder nicht mehr einzufangen sind. Insofern denke ich, dass die Franzosen es eher als Chance sehen, mit vereinten europäischen Kräften auch weltweit politisches Gewicht zu entfalten.

G.S.: Wie ist nach Ihrer Einschätzung hier in Brüssel die Wahrnehmung deutscher Europapolitik?

J.W.: Miserabel.

G.S.: Miserabel? Dass deutsche Europapolitik schlecht ist, strategielos ist?

J.W.: Also, von der Technik her, von der Technik der Einflussnahme. Und auch im Konvent, muss ich ganz offen sagen, haben sich die Deutschen nicht sehr gut präsentiert.

G.S.: Haben sie sich denn durchgesetzt?

J.W.: Sie haben überhaupt keine deutschen Interessen vertreten. Abgesehen von dem deutsch-französischen Papier – das war wirklich ein sehr guter Beitrag. Aber ansonsten hat die deutsche Position im Konvent sehr stark darunter gelitten, dass in der ersten Phase noch Herr *Glutz* da war, der natürlich kein politisches Gewicht hatte. Ein brillanter Mann, gar keine Frage, aber er konnte nicht das politische Gewicht des stärksten Mitgliedstaates dort einbringen. Und dann kam nach der Bundestagswahl der Wechsel zu *Fischer*. Herr *Fischer* ist immer nur für ein paar Minuten im Konvent gewesen, um sein Statement abzugeben und dann war er wieder weg und hat das normale Geschäft *Bury* überlassen. Den hat er aber nie reden lassen, so dass der gar kein Profil entwickeln konnte. Wenn ich mir die Positionierung der Deutschen in Hinsicht auf spezifisch deutsche Interessen anschau, kann ich mich gar nicht entsinnen, das da jemals etwas eingebracht worden wäre. Bis auf am Ende die Sache mit der Immigration und da musste man sie ja auch enorm treten.

U.W.: Was wären denn noch deutsche Interessen gewesen, die man hätte einbringen müssen?

J.W.: Z.B. die Sache mit der Stimmengewichtung im Ministerrat. Da haben die Deutschen nur immer auf den Boden geschaut und gewartet, wie sich das so entwickelt, obwohl das natürlich ein massives deutsches Interesse gewesen wäre. Das, was jetzt auch tatsächlich aufgenommen wurde, hat die Bundesregierung nie vertreten.

Zur Frage der Eigenmittelaufbringung hat man eine Formulierung akzeptiert, nach der die Modalitäten in Zukunft mit Mehrheit entschieden werden können. Das hätte man als Hauptnettozahler meiner Meinung nach niemals durchgehen lassen dürfen.

Auch in anderen Punkten hätte ich gedacht, dass man sich viel stärker auch an dem orientiert, was die eigenen Ressorts vorgeschlagen haben, meinetwegen zum Vorschlag einer europäischen Staatsanwaltschaft: will man das überhaupt, braucht man das? Oder die Vereinheitlichung des Strafrechts usw.

(...)

U.W.: Ich habe einen Änderungsantrag von Ihnen gesehen, da ging es um ein Präsidium innerhalb des Rates. Was war der Sinn dahinter? Keinen Präsidenten, aber trotzdem ein Präsidium?

J.W.: Nein. Der Vorschlag zielte nicht darauf, statt des Präsidenten, sondern zusätzlich zum Präsidenten eine Kleingruppe zu schaffen. Und zwar aus zwei Gründen: Zum ersten, um dem Präsidenten das Gewicht zu nehmen, dadurch, dass man einen Vorstand hat und zum anderen, um ein Führungsgremium auf breiterer Grundlage zu haben.

U.W.: Dies wurde doch gerade kritisiert, dass es dann ein kleines Gremium gebe.



J.W.: Ja, ich weiß. Aber ich sehe das nicht so. Wenn ein Präsident allein Herr über das System ist, dann verstehe ich schon, wenn der eine oder andere sagt, dann werden wir überfahren, denn der stimmt sich nur mit ein paar Großen ab. Aber wenn man dem ein Präsidium schafft, wo von vorneherein vier oder fünf Leuten entscheiden, dann ist die Macht des Präsidenten schon mal sehr stark begrenzt.

Ich bin der Meinung, wenn ein Ministerrat 30 Personen groß ist, dann macht es schon Sinn, dass man zwischen dem Vorsitzenden und dem Plenum ein kleineres Gremium hat, wo man sich in Ruhe Vorbesprechen kann. Das beruht auf einer Erfahrung, die wir hier auch machen: im Rechtsausschuss, dem ich angehöre, sind wir 30 Leute. In der Vorbesprechung treffen sich (...) der Präsident, die beiden Vizepräsidenten und die Sprecher der Fraktionen, um ein paar Dinge in Ruhe vorzuklären. Die machen dann einen gemeinsamen Vorschlag. Ich habe gedacht, dass es auch die Ratsarbeit fördern könnte, wenn die Hauptpartner zusammen kämen, um die Sitzungen vorzubereiten.

U.W.: Sollten die rotieren?

J.W.: Ja, die hätten auch rotieren sollen. Meine persönliche Vorstellung wäre gewesen, dass die regelrecht gewählt worden wären. Es wird ja in Brüssel nicht so parteipolitisch gedacht, aber so hätten einer von den Sozialisten, einer von den Konservativen, der Präsident und noch irgend ein anderer und der Generalsekretär sich vorher schon einmal zusammensetzen und die Sache überlegen können.

Ich hoffe, die Zeit hat ausgereicht, um die Dinge einigermaßen ansprechen zu können, aber Sie werden sicherlich noch Gelegenheit haben, mit dem ein oder anderen Kollegen zu sprechen.

U.W.: Vielen Dank!

G.S.: Besten Dank für die freundliche Einladung!

J.W.: Viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und darüber hinaus bleiben Sie den Europäischen Ideen treu.